Indira Kaffer

Entwicklungshilfe als ideologisches Instrument des Kalten Krieges. Die beiden deutschen Staaten und Ostafrika/Tansania in den 1960er Jahren

Bachelorarbeit

GRIN

BEI GRIN MACHT SICH IHR
WISSEN BEZAHLT

- Wir veröffentlichen Ihre Hausarbeit,
  Bachelor- und Masterarbeit

- Ihr eigenes eBook und Buch -
  weltweit in allen wichtigen Shops

- Verdienen Sie an jedem Verkauf

Jetzt bei www.GRIN.com hochladen
und kostenlos publizieren

GRIN

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek:

Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über http://dnb.dnb.de/ abrufbar.

Dieses Werk sowie alle darin enthaltenen einzelnen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung, die nicht ausdrücklich vom Urheberrechtsschutz zugelassen ist, bedarf der vorherigen Zustimmung des Verlages. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Bearbeitungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen, Auswertungen durch Datenbanken und für die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronische Systeme. Alle Rechte, auch die des auszugsweisen Nachdrucks, der fotomechanischen Wiedergabe (einschließlich Mikrokopie) sowie der Auswertung durch Datenbanken oder ähnliche Einrichtungen, vorbehalten.

Impressum:

Copyright © 2010 GRIN Verlag
ISBN: 9783668368125

Dieses Buch bei GRIN:

https://www.grin.com/document/187131

Indira Kaffer

Entwicklungshilfe als ideologisches Instrument des Kalten Krieges. Die beiden deutschen Staaten und Ostafrika/Tansania in den 1960er Jahren

GRIN Verlag

GRIN - Your knowledge has value

Der GRIN Verlag publiziert seit 1998 wissenschaftliche Arbeiten von Studenten, Hochschullehrern und anderen Akademikern als eBook und gedrucktes Buch. Die Verlagswebsite www.grin.com ist die ideale Plattform zur Veröffentlichung von Hausarbeiten, Abschlussarbeiten, wissenschaftlichen Aufsätzen, Dissertationen und Fachbüchern.

Besuchen Sie uns im Internet:

http://www.grin.com/

http://www.facebook.com/grincom

http://www.twitter.com/grin_com

Universität zu Köln
Historisches Seminar
Sommersemester 2010

Entwicklungshilfe als ideologisches Instrument des Kalten Krieges –

Die beiden deutschen Staaten und Ostafrika/Tansania in den 1960er Jahren

Indira Kaffer
Geschichte und Ethnologie
Eitorf, den 28. Juli 2010

Inhaltsverzeichnis

Einleitung ..... S. 02-06

1. Der historische Kontext ..... S. 06-14
1.1.1 Der Kalte Krieg und die deutsche Zweistaatlichkeit ..... S. 06-08
1.1.2 Die afrikanische Unabhängigkeit ..... S. 09-11
1.1.3 Die kapitalistisch orientierte Bewegung in Afrika ..... S. 11-12
1.1.4 Die sozialistisch orientierte Bewegung in Afrika ..... S. 12-14

2. Die Geschichte Tansania seit dem Ende der Kolonialzeit ..... S. 14-16
2.1 Kurze Darstellung der Geschichte Sansibars ..... S. 14-15
2.2 Kurze Darstellung der Geschichte Tanganjikas ..... S. 15-16

3. Die Außenpolitik der beiden deutschen Staaten in den 1960er Jahren ..... S. 16-24
3.1. Die Entwicklungshilfe als Teil der Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland ..... S. 17-21
3.1.1 Die außenpolitische Grundsätze ..... S. 19-20
3.1.2 Das außenpolitische Verhältnis zu Afrika ..... S. 20-21

3.2 Die Wirtschaftshilfe als Teil der Außenpolitik der DDR ..... S. 21-24
3.2.1 Die außenpolitische Grundsätze ..... S. 22-23
3.2.2 Das außenpolitische Verhältnis zu Afrika ..... S. 23-24

4. Die beiden deutschen Staaten und Tansania ..... S. 24-38
4.1 Die westdeutsche Entwicklungshilfe in Tansania ..... S. 25-27
4.2 Die Wirtschaftshilfe der DDR in Tansania ..... S. 27-29
4.3 Die Bedeutung der Entwicklungshilfe im gesamtpolitischen Kontext ..... S. 29-38

5. Fazit ..... S. 38-41

6. Quellen- und Literaturangaben ..... S. 42-48

Einleitung

In der vorliegenden Abschlussarbeit wird die Frage nach der ideologischen Instrumentalisierung der Entwicklungshilfe[1] durch die beiden deutschen Staaten, der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik (DDR), vor dem Hintergrund der Auseinandersetzungen des Kalten Krieges[2] (1945-1989) schwerpunktmäßig in den 1960er Jahren thematisiert. Die Fragestellung soll an dem Fallbeispiel des ostafrikanischen Staates Tansania[3], welcher der erste Staat neben der Sowjetunion war, in dem sowohl die Bundesrepublik als auch die DDR vertreten waren, analysiert werden.[4] Hierbei soll vor allem untersucht werden, welche Art und in welchem Umfang Entwicklungshilfe geleistet wurde. Zu berücksichtigen wird dabei der ideologische Aspekt der beiden deutschen Staaten sein, die in die Blockbildung des Kalten Krieges vollends einbezogen waren.

Obwohl formal während des Kalten Krieges Frieden herrschte, waren die Großmächte, die Vereinigten Staaten von Amerika und die Sowjetunion und ihre jeweiligen Verbündeten, zumindest dem Anspruch nach stets kriegsbereit. Aufgrund dieser Konkurrenzsituation fand ein Rüstungswettlauf zu Land, zu Wasser, in der Luft und auch im Weltall statt. Auch die Medien, die Wissenschaft und die Kultur wurden im Verständnis der eigenen Ideologie mobilisiert und dienten dazu, das andere Lager als „ideologischen Feind“ zu degradieren und zumindest phasenweise Tätigkeiten, die nicht der eigenen Ideologie und deren Umsetzung entsprachen, in Kategorien wie Hoch- und Landesverrat zu interpretieren[5]. Der größte Teil der Bevölkerung in der nördlichen Hemisphäre lebte theoretisch ein friedliches Leben. Zu

[1] Der Begriff kam 1961 das erste Mal auf, als am 30.9.1961 die „Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung“ gegründet wurde. Deren Aufgabe war die internationale Koordinierung der Entwicklungshilfe. Der Begriff „Entwicklungshilfe“ wurde von der DDR nicht verwendet. Es gab auch keine zentrale Stelle für deren Koordination. Stattdessen wurde der Terminus „Wirtschaftshilfe“ benutzt. Ich werde den Begriff der Entwicklungshilfe jedoch der einfachhaltshalber auch für die Darstellung der DDR verwenden.
[2] Der Begriff „Kalter Krieg“ wurde von Herbert B. Swope geprägt. Dieser war Mitarbeiter des Finanzfachmanns Bernard Baruch, einem Berater der US-Präsidenten Franklin D. Roosevelt und Harry S. Truman. Der Begriff beschreibt die Auseinandersetzungen zwischen den USA und der Sowjetunion nach dem Zweiten Weltkrieg. Die Begrifflichkeit „Ost-West-Konflikt“ hingegen beschreibt die ideologischen Gegensätze seit dem Jahr 1917, dem Jahr der Russischen Revolution. (Quelle: http://www.britannica.com/EBchecked/topic/125110/Cold-War)
[3] Sansibar wurde am 8.3.1964 unabhängig, Tanganjika erklärte seine Unabhängigkeit am 9.12.1961, am 26.4.1964 fusionierten Tanganjika und Sansibar zu einer Union und nannten sich „Vereinigte Republik von Tanganjika und Sansibar“, spätere Namensänderung zu Tansania. Ich werde im Laufe der Arbeit von der heutigen Bezeichnung Tansania (als Zusammenfassung von Tanganjika und Sansibar) sprechen, auch wenn es zu dem Zeitpunkt, an dem ich meine Analyse beginne, diese Bezeichnung noch nicht gab.
[4] Hans-Adolf Jacobsen, Gert Leptin, Ulrich Scheuner, Eberhard Schulz (Hrsg.), Drei Jahrzehnte Außenpolitik der DDR. Bestimmungsfaktoren, Instrumente, Aktionsfelder, München 1979, S. 660.
[5] Bernd Greiner, Christina Th. Müller, Dierk Walter, Heiße Kriege im Kalten Krieg, in: Greiner, Müller, Walter (Hrsg.): Heiße Kriege im Kalten Krieg, Hamburg 2006, in: historicum.net, http://www.historicum.net/no_cache/persistent/artikel/4021/ (15.März 2010, 13:20 Uhr), S. 1.

drohenden Auseinandersetzungen kam es vor allem in Übersee, in der Dritten Welt.[6] Denn dadurch, dass nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges die Ideale von Souveränität und Selbstständigkeit aller Völker in Form der Atlantik-Charta[7] deklariert wurden, begannen die Staaten, die noch immer unter Fremdherrschaft standen, eigene Perspektiven für ihre politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung aufzubauen bzw. weiterzuentwickeln. Auf dem afrikanischen Kontinent, der für meine Arbeit eine herausragende Bedeutung spielt, wurden die meisten Kolonien im Laufe der 1960er Jahre unabhängig. Damit wurde das internationale Gleichgewicht verändert und aufgrund der bipolaren Weltordnung entstand in Afrika – aus Sicht der Großmächte - ein politisches Machtvakuum.[8] Das bedeutete, dass die ehemaligen Kolonialmächte, aber vor allem die USA und die Sowjetunion, Befürchtungen bezüglich des eigenen Machteinflusses hatten.[9] Die beiden Großmächte versprachen sich mit den „neuen" Staaten strategische Möglichkeiten, um ihren Einfluss regional weiter auszubauen. Dabei spielten der Aufbau von Wirtschaftsbeziehungen, die Verfügung über Rohstoffe und Absatzmärkte sowie die Sicherung von Stabilität in diesen Regionen eine wichtige Rolle. Beide Seiten lieferten Waffen, entsandten Militärberater und Ausbilder und führten sogenannte Stellvertreterkriege. Hinter diesen Vorgehensweisen stand die Überzeugung, dass der Verlust eines überseeischen Territoriums als Gewinn für den Kommunismus verstanden wurde. Wohingegen der Kommunismus das „Prinzip der antiimperialistischen Solidarität" aufbaute, um gegenüber dem System des Kapitalismus eine attraktive Alternative darstellen zu können.

Für die Unabhängigkeitsbewegungen und deren Akteure ging es vornehmlich, um die Aneignung von Machtmitteln, Schlüsselstellungen und um die Ausschaltung der politischen Gegner. Diese Bestrebungen spielten jedoch nicht ausschließlich auf nationaler Ebene eine

[6] Der Begriff „Dritte Welt" wurde im Jahr 1952 nach Eric Hobsbawn zuerst von einem Demographen, Alfred Sauvy, und einem Anthropologen, Georges Balandier, verwendet. Der Begriff spielt auf die im Zuge des Kalten Krieges entstehende Blockbildung – blockfreien Staaten als Dritter Block - an und erinnert an den Dritten Stand (Dirk van Laak, Imperiale Infrastruktur. Deutsche Planungen für eine Erschließung Afrikas 1880-1960, Habilitationsschrift, S. 23). Dritte Welt ist gleichbedeutend mit „Süden" oder „Peripherien" des kapitalistischen Weltsystems. Heute wird vermehrt der Begriff Nord-Süd-Konflikt verwendet, um auf die Probleme der Entwicklungsländer hinzuweisen (Samir Amin, Art. „Dritte Welt", in: Jacob E. Mabe (Hrsg.), Das kleine Afrika-Lexikon. Politik, Gesellschaft, Wirtschaft, Stuttgart 2002, S. 40f.). Die DDR lehnte den Begriff der „Dritten Welt" ab, da die Einteilung der Welt in arme und reiche Länder nicht real existiere, sondern ein kapitalistisches Konzept sei (Ulrich Post, Frank Sandvoss, Die Afrikapolitik der DDR, Hamburg 1982, S. 14).

[7] Unterschiedliche Definitionen, was genau mit Souveränität gemeint war. Roosevelt meinte, dass das Selbstbestimmungsrecht auf alle Staaten der Welt zutreffen solle, wohingegen Churchill nur die von den Achsenmächten befreiten Staaten Europas darunter fasste (Adolf von Albertini, Dekolonisation. Die Diskussion über Verwaltung und Zukunft der Kolonien 1919-1960, Köln 1966, S. 36).

[8] Eberhard Stahn, Der Kommunismus in Afrika, Schriftenreihe der Niedersächsischen Bundeszentrale für Politische Bildung, Weltkommunismus Heft 2, Bonn 1965, S. 5.

[9] John J. Vianny, Politische Perspektiven Afrikas, Bonn 1972, S. 413.

Rolle, sondern waren auch entscheidend für die internationalen Beziehungen. Vor dem Hintergrund der Ost-West-Auseinandersetzungen konnten die ehemaligen Kolonien Druck auf das eine Lager ausüben, indem sie mit der Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit dem anderen Lager drohten. Dies sprach ihnen ein gewisses Machtpotenzial zu, sodass unter anderem eine Erhöhung der Entwicklungshilfegeldern durchgesetzt werden konnte. Das heißt, sie hatten ein wirksames Mittel in der Hand, um den Großmächten Zugeständnisse abringen zu können.[10] Diese Konfliktsituation fand in den 1960er Jahren auf Sansibar und in Tanganjika, dem späteren Tansania, zwischen den beiden deutschen Staaten als Vertreter der kapitalistischen bzw. der kommunistischen Weltanschauung statt. Zum einen erhofften sich beide deutsche Staaten durch diplomatische Beziehungen, durch Errichtung von Botschaften und durch den Abschluss von Handelsabkommen den ostafrikanischen Staat zu den eigenen Gunsten zu beeinflussen und somit dem Einfluss des anderen Staates zu entziehen.
Auf der anderen Seite wird an dem Beispiel des ostafrikanischen Staates deutlich, wie viel Druck die afrikanischen Regierungen vor dem Hintergrund der ideologischen Auseinandersetzungen zwischen Kommunismus und Kapitalismus ausüben konnten, um bestimmte Forderungen bei den deutschen Staaten stellen zu können. Dies wird besonders im Jahr 1965 deutlich. Denn die Regierung der Bundesrepublik drohte im Frühjahr 1965 mit der Einstellung der gesamten westdeutschen Entwicklungshilfe, da laut einem Zeitungsbericht des „The Nationalist“ die Regierung Tansanias sich weigere, die Last der deutschen Teilung zu tragen und dass keine der beiden Regierungen, die nur ihre eigenen ideologischen Interessen verfolgen, wohl das bekommen werde, was sie wünschte.[11] Vorausgegangen waren dieser Äußerung Streitigkeiten bezüglich der völkerrechtlichen Anerkennung der DDR durch Tansania. Als Tansania jedoch einen Monat später umfassendere Gespräche mit der DDR aufnimmt und die Bundesregierung eine mögliche Anerkennung der DDR befürchtet, wird die westdeutsche Entwicklungshilfe mit Einverständnis der tansanischen Regierung wieder erteilt.[12]

Das zu bearbeitende Thema ist insofern äußerst spannend, da es zum einen eine Herausforderung darstellte, ausreichend wissenschaftliche Literatur zu recherchieren. Denn dadurch, dass bislang vor allem die Außenpolitik der DDR im Bezug auf die Entwicklungsländer wenig Beachtung fand, gibt es wenig aktuelle Literatur, sodass man auf

[10] Walter Greiner, Heiße Kriege im Kalten Krieg, S. 4.
[11] Heinz Schneppen, Eine Insel und zwei deutsche Staaten. Sansibar und die Hallstein-Doktrin 1964-1966, in: Ulrich van der Heyden, Franziska Benger (Hrsg.), Kalter Krieg in Afrika. Die Beziehungen der DDR zu Sansibar und Tansania, Berlin 2009, S. 122.
[12] Ebd., S. 127.

Werke zurückgreifen muss, die zum größten Teil noch während der deutschen Zweistaatlichkeit verfasst wurden. Hierbei ist zu beachten, dass die Literatur entweder antikapitalistisch und prokommunistisch – und zum Teil auch prosowjetisch – oder westlich und antikommunistisch, also auf beiden Seiten propagandistisch und vorurteilsbehaftet, gefärbt ist. Dies erschwert die wissenschaftliche Arbeit extrem, da es häufig ausschließlich um die Diffamierung des „ideologischen Feindes" ging und nur schwer feststellbar ist, welche Äußerungen der Wahrheit entsprechen und welche nicht.
Eine weitere Herausforderung, die vor allem auf persönlichem Interesse beruht, ist die Fragestellung an sich. Entwicklungshilfe als ideologisches Instrument ist - meiner Meinung nach – kein Aspekt, den man ausschließlich in die Ära des Kalten Krieges verorten kann. Denn auch wenn es die für den Kalten Krieg so typische Blockbildung nicht mehr gibt und auch „den kommunistischen Feind" nicht mehr in *der* Form existiert, wird auch heute noch Entwicklungshilfe von vielen Staaten benutzt, um die eigenen – vor allem wirtschaftlichen - Interessen durchzusetzen. Daher fände ich es wissenschaftlich spannend, wenn ich mich in Zukunft weiterhin mit der Entwicklungshilfe und deren Umsetzung auseinandersetzen könnte.

Um die Thematik nach der ideologischen Instrumentalisierung der Entwicklungshilfe durch die beiden deutschen Staaten hinreichend zu erklären und zu analysieren, wird zunächst der historische Kontext dargelegt. Das heißt, der Kalte Krieg und die politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Hintergründe sollen erklärt werden. Damit die politische Situation Tansanias und die Beziehungen zur Bundesrepublik und zur DDR während der 1960er Jahren deutlich werden, werden die Unabhängigkeitsbewegungen auf Sansibar und in Tanganjika und deren Ziele erläutert. Anschließend soll jeweils die Außenpolitik der Bundesrepublik und der DDR dargestellt werden. Hierbei werden die an der Außenpolitik und der Entwicklungshilfe beteiligten Institutionen, die Methoden, die Prinzipien und die Ziele erklärt. Anschließend wird auf die Entwicklungshilfe der Bundesrepublik und auf die Wirtschaftshilfe der DDR exemplarisch für Tansania eingegangen. Die Auseinandersetzungen, die in Tansania entstehen, werden vor dem Hintergrund der Ausgangsfrage, wie Entwicklungshilfe als ideologisches Instrument verwendet wurde, analysiert. Zum Abschluss der Arbeit soll ein Fazit gezogen werden, bei dem neben einer Bewertung der Situation in den 1960er Jahren auch ein Bezug zur aktuellen Entwicklungshilfe[13] und Diskussionen über diese hergestellt werden soll.

[13] Seit den 1990er Jahren wird anstelle des Begriffes „Entwicklungshilfe" der Terminus „Entwicklungszusammenarbeit" verwendet, um die partnerschaftliche Gleichberechtigung zu betonen.

Besonders wichtige Literaturtitel sind die aktuellen Forschungen von dem Afrika- und Kolonialhistoriker Ulrich van der Heyden, der verschiedene Bücher und Sammelbände zu diesem Themengebiet veröffentlich hat. Ebenfalls von Bedeutung sind die Werke, die - ideologisch geprägt – die Außenpolitik bzw. die Entwicklungshilfe der beiden deutschen Staaten beschreiben. Diese Titel sind zwar mit dem wissenschaftlich gebotenen Abstand zu analysieren, allerdings spielen sie für die Eigenwahrnehmung der jeweiligen Staaten eine wichtige Rolle.

1. Der historische Kontext

1.1 Der Kalte Krieg und die deutsche Zweistaatlichkeit[14]

Mit dem Ende des Zweiten Weltkrieges, den die Alliierten – namentlich Josef Stalin, Franklin D. Roosevelt und Winston Churchill - für sich entscheiden konnten, begannen, die unterschiedlichen Gesellschafts-, Wirtschafts- und Politikmodelle der alliierten Partner offen zu Tage zu treten. Diese unterschiedlichen Auffassungen von Wirtschaft, Politik und Gesellschaft stellten die Grundlage des die nächsten 45 Jahre bestimmenden Konflikts dar.[15] Man beschuldigte sich gegenseitig, Konflikte und militärische Auseinandersetzungen zu verursachen. Die westlichen Mächte sahen die Schuld im sowjetischen Regime unter Josef Stalin mit der sowjetisch-kommunistischen Gesellschafts- und Herrschaftsstruktur und Ideologie, die nur darauf angelegt sei, expansionistische und diktatorische Züge zu entwickeln, denen sich die USA in verteidigender Weise gegenüberstellen müssten. Auf der anderen Seite sahen die kommunistischen Staaten die expansive Politik vor allem der USA als Ursache des Konfliktes. Diese Auseinandersetzung sei ein internationaler Klassenkampf, an dessen Ende die Bildung kommunistischer Staaten stehe.[16] Beide Arten der Beschuldigung gingen von einem Aggressor aus, dem ein reagierender Verteidiger gegenüberstand.

---

[14] Literatur zum Kalten Krieg siehe: John Lukacs, Konflikte der Weltpolitik nach 1945. Der Kalte Krieg, dtv-Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts Bd. 12, München 1970; Werner Link, Der Ost-West-Konflikt. Die Organisation der internationalen Beziehungen im 20. Jahrhundert, Köln 1980; Wilfried Loth, Der Krieg, der nicht stattfand. Ursprünge und Überwindung des Kalten Krieges, in: Bernd Wegner (Hrsg.), Wie Kriege entstehen. Zum historischen Hintergrund von Staatenkonflikten, Paderborn 2000, S. 286-298.

[15] Kommunismus nach Enzyklopädia Britannica: The political and economic doctrine that aims to replace private property and a profit-based economy with public ownership and communal control of at least the major means of production (e.g., mines, mills, and factories) and the natural resources of a society. Communism is thus a form of socialism—a higher and more advanced form, according to its advocates.
http://www.britannica.com/EBchecked/topic/129104/communism.
Kapitalismus nach Enzyklopädia Britannica: economic system, dominant in the Western world since the breakup of feudalism, in which most of the means of production are privately owned and production is guided and income distributed largely through the operation of markets.
http://www.britannica.com/EBchecked/topic/93927/capitalism.

[16] Werner Link, Der Ost-West-Konflikt, S. 55f.

Beide Großmächte und ihre Verbündeten versuchten die eigenen Prinzipien und Gesellschaftsvorstellungen mit politischen, ökonomischen und auch militärischen Mitteln durchzusetzen, sodass es zu zahlreichen Stellvertreterkriegen kam. In diesen Kriegen wurden Gruppierungen in dem betroffenen Staat oder einer Region durch jeweils eine Großmacht in Form von Waffen- und Geldlieferungen unterstützt. Dies sollte dazu dienen, der jeweils unterstützten Gruppe an die Macht zu verhelfen und diese dann zu stabilisieren.

In den ersten Nachkriegsjahren (1945-1947) wurden die ideologischen Unterschiede durch Konferenzen und politische Zielsetzungen immer deutlicher. Zu den wichtigsten Etappen zum Beginn der sogenannten Ära des Kalten Krieges ist zum einen die Jalta-Konferenz (4. - 11.2.1945) zu nennen, auf der erstmals die unterschiedlichen Interessen der Alliierten deutlich wurden, die vor allem die strategischen Interessen in Europa betrafen. Auch konnten sich die Siegermächte auf den Außenministerkonferenzen in Moskau und London im Jahr 1947 nicht mehr auf eine gemeinsame Deutschlandpolitik einigen.

Ebenfalls wichtig für die Entstehung des Kalten Krieges war die Truman-Doktrin, die am 12. März 1947 von dem US-Präsidenten Harry S. Truman verkündet wurde und eine sogenannte Politik der Eindämmung gegenüber der Sowjetunion und des Kommunismus einleitete.

Aufgrund dieser und weiterer Auseinandersetzungen kam es unter anderem zur deutschen Teilung. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde Deutschland unter den Alliierten in vier Besatzungszonen aufgeteilt, von denen sich die westlichen Zonen, die US-amerikanische, die britische und die französische, zueinander orientierten, während die sowjetische Besatzungszone durch die Errichtung von Zentralverwaltungen und die Vereinheitlichung der Polizei sich von diesen abzutrennen begann. Ein Beispiel für die allmähliche Trennung war die 1947 errichtete Bizone, der Zusammenschluss der amerikanischen und der britischen Besatzungszonen, die eine gemeinsame Verwaltung von Ämtern für Post, Verkehr, Finanzen, Arbeit, Ernährung und Landwirtschaft festlegte. Ein Jahr später trat Frankreich der Bizone bei, die damit zur Trizone wurde. Im Frühjahr 1948 wurde auf der Londoner Sechsmächtekonferenz der Anstoß gegeben, dass aus dem Zusammenschluss der drei Westzonen ein westdeutscher Teilstaat werden sollte, was zunächst von den Ministerpräsidenten der westdeutschen Länder abgelehnt wurde. Am 23. Mai 1949 wurde schließlich das Grundgesetz, das vom Parlamentarischen Rat erarbeitet worden war, verkündet und trat einen Tag später in Kraft. Damit war aus den Westzonen eine parlamentarische Demokratie geworden - die Bundesrepublik Deutschland.[17]

[17] Helmut M. Müller, Schlaglichter der deutschen Geschichte, Sonderausgabe für die Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 2009, S. 327f.; Literatur zur Geschichte der Bundesrepublik siehe:

Eine von den westlichen Besatzungszonen abgekoppelte Entwicklung nahm die sowjetische Besatzungszone: Am 7. Oktober 1949 wurde der Deutsche Volksrat als Provisorische Volkskammer konstituiert und eine Verfassung angenommen. Durch die in der Verfassung verankerte Abkehr vom Prinzip der Gewaltenteilung war Ostdeutschland nun zu einer Einparteienherrschaft geworden, in der die gesamte Entscheidungsgewalt in den Händen der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED) lag.[18]

Das Grundmuster, das den weltpolitischen Konflikt fortwährend bestimmte, war die sogenannte Polarisierung oder Blockbildung. Das heißt, die Großmächte, die USA und die Sowjetunion, waren bemüht, den Beziehungsgrad zu anderen Staaten auszubauen, um somit als Führungsmacht einen Orientierungspol für diese Staaten zu bieten. Damit sollte ermöglicht werden, dass die eigene Hegemonie und der Herrschaftsbereich ausgedehnt werden konnten. Die beiden Blöcke waren durch Allianzen jeweils untereinander verbunden, sodass Politik nur in Form von enger Abstimmung mit der jeweiligen Großmacht möglich war.[19] Die Allianzstrukturen wurden durch ein engmaschiges Netz bilateraler Verträge und durch wirtschaftliche und militärische Hilfsabkommen gebildet. Beispiele dafür waren neben der NATO[20] und dem Warschauer Vertrag[21] unter anderem die Freundschaftsverträge zwischen der Sowjetunion und der Tschechoslowakei (1943) und mit Jugoslawien (1945), der Interamerikanische Vertrag (1947) und Verträge zwischen den USA und Israel (1952).[22]
Hinter diesen Verträgen standen die Prinzipien, den Feind zu schwächen, die Verbündeten zu stärken und – was besonders bedeutend für den Umgang mit den in den 1960er Jahren unabhängig werdenden afrikanischen Kolonien war – die nach Eigenbezeichnung neutralen und blockfreien[23] Staaten zu unterstützen und in positiver Weise für die eigene Ideologie zu bestärken.[24]

Manfred Görtemaker, Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Von der Gründung bis zur Gegenwart, Frankfurt/M. 2004.

[18] Literatur zur Geschichte der DDR siehe: Hermann Weber, Die DDR 1945-1990, Oldenbourg Grundriss der Geschichte Bd. 20, München 1993; Ulrich Mählert, Geschichte der DDR, Landeszentrale für politische Bildung Thüringen, Erfurt 2005.

[19] Werner Link, Der Ost-West-Konflikt, S. 120.

[20] NATO: North Atlantic Treaty Organization ist ein militärisches Bündnis zwischen europäischen und nordamerikanischer Staaten.

[21] Die kommunistischen Staaten nannten das Abkommen „Warschauer Vertrag“, wohingegen die westlichen Staaten die Begrifflichkeit „Warschauer Pakt“ verwendeten.

[22] Werner Link, Der Ost-West-Konflikt, S. 147f.

[23] Blockfreiheit bedeutet in diesem Zusammenhang, dass der Staat zu *beiden* Seiten Kontakte pflegen durfte und nicht durch Blockbindung in Abhängigkeit geraten sollte (Franz Ansprenger, Politische Geschichte Afrikas im 20. Jahrhundert, 2. Auflage München 1997, S. 115.).

[24] Anita M. Mallinckrodt, Die Selbstdarstellung der beiden deutschen Staaten im Ausland. Image-Bildung als Instrument der Außenpolitik, Köln 1980, S. 48.

1.2 Die afrikanische Unabhängigkeit

Der Prozess der Dekolonisation kann als Emanzipation und rechtliche Gleichstellung des Individuums und – wenn man von einer Gemeinschaft ausgeht - als Erlangung der eigenstaatlichen Unabhängigkeit und nationalen Souveränität bezeichnet werden. Die Tendenz der Dekolonisation geriet jedoch zwischen die Fronten der ideologischen und ökonomischen Systemkonkurrenz des Kalten Krieges und führte nicht auf dem direkten Weg in die angestrebte Unabhängigkeit. Es herrschte auf Seiten der Großmächte die Auffassung, dass die beiden Weltkriege gezeigt hatten, dass es schnell zu einer Globalisierung des Krieges führen kann, sodass jeder Staat, eben auch die Kolonien bzw. ehemaligen Kolonien, in die Weltpolitik miteinbezogen werden müssten.[25]

Die Unabhängigkeitsbestrebungen in den Kolonien waren keineswegs ein Phänomen der Nachkriegszeit bzw. der 1960er Jahre. Die ersten Bestrebungen für Eigenständigkeit und gegen die kolonialen Herrschafts- und Ausbeutungsstrukturen, die meistens von der neu entstandenen Elite getragen wurden, kamen in den Kolonien bereits nach dem Ersten Weltkrieg auf. Im Zuge des sogenannten Wilson Plans, der das Selbstbestimmungsrecht der Völker, den Verzicht auf Annexionen und die Errichtung eines Völkerbundes als internationale Organisation auch im Bezug auf die kolonialen Gebiete vorsah, kam es in vielen Kolonien verstärkt zur Bildung von verschiedenen Gruppen, die durch unterschiedliche Gesellschafts- und Politikmodelle ihre Unabhängigkeit von der Kolonialmacht forderten. Auch Lenin forderte vor dem Hintergrund der Russischen Revolution das Selbstbestimmungsrecht der Völker und sprach sich gegen den „Kolonialimperialismus“ aus. Der Widerstand in den Kolonien wurde jedoch kaum beachtet, da der europäische Machtanspruch als „Herrscher der Rassen“ weit verbreitet war und die Kolonialvölker als „niedere Rassen“ gesehen wurden.[26]

Die Tendenz des Widerstandes zog sich bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges fort und die Bestrebungen nach Eigenständigkeit und Unabhängigkeit wurden öffentlich gefordert.[27] Jedoch gab es bis zum Beginn der Befreiungskämpfe nach dem Zweiten Weltkrieg keinen gewaltsamen Widerstand mehr, sodass die Widerstandsbewegungen kaum noch Beachtung in der europäischen Politik fanden.[28] Auch nach dem Zweiten Weltkrieg gab es neben den eigenen Idealen und Prinzipien eine zentrale Deklaration, auf die sich die Unabhängigkeitsbewegungen berufen konnten. Die Atlantik-Charta forderte unter anderem

[25] Dirk van Laak, Imperiale Infrastruktur, S. 393f.
[26] Adolf von Albertini, Dekolonisation, S. 13f.
[27] Ebd., S. 36.
[28] Leonhard Harding, Geschichte Afrikas im 19. und 20. Jahrhundert, Oldenbourg Grundriss der Geschichte, 1. Auflage München 1999, S. 27.

das Selbstbestimmungsrecht aller Völker. Die Nationale Befreiungsfront Algeriens machte den Anfang und kämpfte in den Jahren 1954 bis 1962 gegen Frankreich für die eigene Unabhängigkeit. In Namibia kämpfte die SWAPO (South-West Africa People`s Organisation) für die Unabhängigkeit. In einigen Staaten konkurrierten zwei oder mehr Unabhängigkeitsbewegungen miteinander. So war es in Simbabwe zwischen der ZANU (Zimbabwe African National Union) und der ZAPU (Zimbabwe African Peoples Union).[29]

Im Zuge der Unabhängigkeitsbewegungen wurde im Jahr 1945 von Seiten der Kolonialmächte ein Mandatssystem für alle Kolonien gefordert, das mit Hilfe einer Untersuchungskommission auf die Selbstregierung vorbereiten sollte und gleichzeitig die Kolonialfrage aus der entstehenden Rivalität der Großmächte heraushalten sollte.[30] Diese Rivalität war zunächst kaum ausgeprägt, da Stalin wenig Interesse an den afrikanischen Staaten zeigte und seinen Fokus vermehrt auf die industrielle Entwicklung der Sowjetunion und auf die Politik mit asiatischen Staaten legte. Erst mit dem Machtwechsel zu Nikita Sergejewitsch Chruschtschow wurde Afrika im Rahmen der sogenannten Drei-Welten-Vorstellung als neuer Block gesehen, der zur neutralen Friedenszone avancieren sollte. Die Sowjetunion erkannte nationalbürgerliche, afrikanische Regierungen an und unterstützte diese mit Geldern aus der Wirtschaftshilfe. Außerdem wurden Handelsabkommen abgeschlossen und weitere politische und wirtschaftliche Übereinkünfte auf Konferenzen getroffen.[31]

Auch die westlichen Staaten entwickelten in den folgenden Jahren Konzepte, um die ehemaligen Kolonien in ihr System miteinzubeziehen. Der US-Präsident Truman stellte zum Beispiel ein Programm auf, um die sogenannten unterentwickelten Weltgegenden durch die US-amerikanische Wirtschaft und Technik zu erschließen. Der britische Schatzkanzler Stafford Cripps hatte die Vorstellung eines europäisch-afrikanischen Blocks. Dabei galt Afrika als die Hinterhand Europas und sollte durch ein umfassendes Industrieprogramm westlich geprägt werden. Ein Programm sah die Umwandlung der Sahara in landwirtschaftlich nutzbares Land vor.[32] Mit dem Einsetzen des Wettlaufs um die weltweiten Rohstoffe Anfang der 1950er Jahre spielte Afrika mit den großen Lagerstätten an Bodenschätzen, wie zum Beispiel Erdöl und Diamanten, ebenfalls eine wichtige Rolle. Durch den Straßburg-Plan (26.9.1952) wurde diesbezüglich die Gründung einer Europäischen Bank zur Finanzierung des Rohstoffabbaus beschlossen. Auch deutsche und italienische

[29] Peter Meyns, Art. „Rebellenbewegung“, in: Jacob E. Mabe (Hrsg.), Das kleine Afrika-Lexikon, S. 160.
[30] Adolf von Albertini, Dekolonisation, S. 37.
[31] Ebd., S. 40f.
[32] Dirk van Laak, Imperiale Infrastruktur, S. 398f.

Unternehmen sollten beteiligt werden. Es kam aufgrund dieser industriellen Interessen zum Abschluss zahlreicher weiterer Abkommen und Verträge, so zum Beispiel zur Gründung des Entwicklungsfonds im Jahr 1958, in dessen Rahmen die Bundesrepublik Deutschland 200 Millionen DM investierte.[33]

Ende der 1950er Jahre lag der weltweite Fokus, wenn es um die Gewinnung von neuen Lebensräumen ging, jedoch nicht mehr auf den afrikanischen Rohstoffen, sondern auf der Kontrolle des Weltraums und des Meeres. Es gab jedoch weiterhin ein großes Interesse an afrikanischen Staaten, da sich beide Großmächte und ihre jeweiligen Verbündeten eine Vergrößerung des eigenen Machteinflusses versprachen.[34]

Doch auch in den afrikanischen Staaten wollte man eine Beteiligung an den ideologischen Konflikten verhindern. Daher wurde im Jahr 1961 gemeinsam mit asiatischen und lateinamerikanischen Staaten die sogenannte Blockfreienbewegung gegründet, die sich dadurch auszeichnete, dass diese Staaten sich an keinem Militärbündnis im Kontext der Konflikte der Großmächte beteiligten. Die Staaten Afrikas verpflichteten sich zusätzlich in der Charta der 1963 gegründeten Organisation der Afrikanischen Einheit[35], die als Zusammenschluss den Entwicklungsländern[36] auf internationalen Konferenzen mehr Gewicht sichern sollte, auf die Prinzipien der Blockfreiheit.[37]

1.2.1 Die kapitalistisch orientierte Bewegung in Afrika [38]

Während der Phase der Unabhängigkeit in Afrika gab es mehrere Tendenzen und Bestrebungen, wie ein zukünftiger souveräner Staat auszusehen habe. Es existierten selbstverständlich regional stark unterschiedliche Interpretationen des Sozialismus bzw. des Kommunismus und auch des Kapitalismus. Denn in vielen Staaten wurden Kombinationen dieser Modelle mit dem traditionellen Politikverständnis und den spezifisch afrikanischen Bedingungen angedacht.[39] Die im Folgenden kurz dargestellten Ideen sind nur Ideale und können nur als Basis aller Überlegungen auf dem afrikanischen Kontinent gelten.

---

[33] Dirk van Laak, Imperiale Infrastruktur, S. 410.
[34] Ebd., S. 418.
[35] Organization of African Unity wurde 1963 gegründet und ist die „Regionale Abmachung" der Staaten Afrikas. Die Organisation ging aus dem Panafrikanismus hervor, einer Bewegung von Intellektuellen, die nach dem Zweiten Weltkrieg für Afrika Autonomie und Unabhängigkeit forderten. (Peter Meyns, Art. „OAU", in: Jacob E. Mabe (Hrsg.), Das kleine Afrika-Lexikon, S. 146-148.)
[36] Der Begriff „Entwicklungsländer" ist sprachlich problematisch. Kritiker weisen daraufhin, dass dieser Begriff in unangemessener optimistischer Weise unterstelle, dass sich diese Länder tatsächlich entwickeln. Ich werde diesen in der heutigen Zeit bekannten und verbreiteten Begriff verwenden.
[37] Samir Amin, Art. „Blockfreienbewegung", in: Jacob E. Mabe, Das kleine Afrika-Lexikon, S. 25f.
[38] Hier ist mit kapitalistisch nicht nur das Wirtschaftsmodell gemeint, sondern das gesamte Wertesystem, wofür der Westen nach Eigenverständnis im Gegensatz zum Kommunismus während des Kalten Krieges unter anderem einstand: Demokratie, Rechtssicherheit, Wahrung der Menschenrechte, Souveränität.
[39] Eberhard Stahn, Der Kommunismus in Afrika, S. 38.

In vielen Unabhängigkeitsbewegungen wurde ein kapitalistisch orientierter Weg diskutiert bzw. vertreten. Dieser Weg stellte wohl, was den Aufbau von politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Strukturen betraf, die am schnellsten durchsetzbare Möglichkeit dar. Denn während der Kolonialzeit wurden westliche Staatsmodelle auf die Kolonien oktroyiert, die sich von diesem Zeitpunkt an mit dem neuen System arrangieren mussten. Die politischen Strukturen wurden in Verfassungen festgehalten. Die Folge waren ökonomische Veränderungen, wie die Einführung der Geldwirtschaft und die (Welt-) Marktproduktion, die sozialen Veränderungen wie die Individualisierung der Gesellschaft und die kulturellen Veränderungen wie die Veränderungen durch die Arbeit der Missionare und das Entstehen neuer Eliten.[40] Diese neuen Eliten, die zahlenmäßig sehr klein waren, stellten neben den politisch Einflussreichsten auch die Gruppe der Besitzenden dar, sodass sich eine mögliche Opposition auf keine wirtschaftliche Basis als Machtmittel stützen konnte.[41]
Länder, die sich in den 1970er Jahren ausdrücklich als kapitalistisch bezeichneten, waren Kamerun, Nigeria, die Elfenbeinküste, der Senegal und Sambia. [42]

1.2.2 Die sozialistisch orientierte Bewegung in Afrika[43]

Neben dem kapitalistisch orientierten Weg wurde auch eine sozialistisch geprägte Entwicklung diskutiert. Der Sozialismus spielte in den ersten zwei Jahrzehnten der nachkolonialen Entwicklung eine wichtige Rolle in Afrika, die jedoch nach dem Ende des Kalten Krieges abnehmen sollte.[44] In vielen Staaten wurde der Kampf um die eigene Unabhängigkeit als Kampf gegen die bisherige koloniale Ausbeutung interpretiert. Die Ausbeutung und die Unterdrückung durch die Kolonialmächte wurden mit dem System des Kapitalismus gleichgesetzt und daher zunächst strikt abgelehnt. Aus diesem Grund wurde der Sowjetunion ein breites Feld geebnet, um die Unabhängigkeitsbewegungen antikapitalistisch zu gestalten. Wichtige Grundsätze dabei waren die „Überwindung des neokolonialen Regimes der Ausbeuter, die Beseitigung der politischen Herrschaft des Imperialismus, die Beseitigung

[40] Leonhard Harding, Geschichte Afrikas im 19. und 20. Jahrhundert, S. 34ff.
[41] Ebd., S. 85f.
[42] Jakob Goldberg, Günter Judick, Fritz Rische, Afrika im Wandel. Zu einigen Problemen des nationalen Befreiungskampfes und der Bonner Afrikapolitik, Frankfurt/M. 1979, S. 45.
[43] Sozialismus ist eine politische Weltanschauung, die darauf abzielt, eine solidarische Gesellschaft zu schaffen, in der die Grundwerte Freiheit und Gleichheit verwirklicht werden. Eine zentrale Rolle nimmt dabei die Veränderung der privatkapitalistischen Wirtschaftsordnung ein, die nach sozialistischem Verständnis soziale und ökonomische Abhängigkeit begründet und der persönlichen und gesellschaftlichen Emanzipation entgegensteht. (Klaus Schubert, Martina Klein, Das Politiklexikon, 4. Auflage Bonn 2006).
[44] Peter Meyns, Art. „Sozialismus“, in: Jacob E. Mabe (Hrsg.), Das kleine Afrika-Lexikon, S. 177.

feudaler Ausbeutung und die Schaffung von Voraussetzungen des sozialistischen Ausbaus."[45] Die Grundannahme war, dass der Sozialismus die Rückständigkeit und die Armut in kürzester Zeit beseitigen könne, wohingegen der westliche Imperialismus die Ungleichheiten zwischen den verschiedenen ethnischen Gruppen weiter vorantreiben würde.[46] Hierbei wurde die allgemein angenommene Faszination der Afrikaner für den Wandel der Sowjetunion von einem Agrarstaat zu einer der stärksten Weltmächte ausgenutzt.[47] Die afrikanischen Bewegungen entwickelten jedoch ihren eigenen Weg zum Sozialismus, der eine andere Auslegung von sozialistischen Prinzipien bedeutete. Dementsprechend kann auch nur schwer das Argument aufrecht gehalten werden, dass der von der DDR geprägte Sozialismus in Afrika erfolgreich Fuß fassen konnte.[48] Zumal eines der Hauptprobleme für eine Umsetzung des Kommunismus, wie er in Staaten wie der DDR vertreten wurde, in Afrika war, dass in den meisten Staaten eine Arbeiterklasse und ihre politische Macht bzw. der Wille zur politischen Machtbildung fehlte, die jedoch von der Bauernschaft und den kleinbürgerlichen städtischen Bevölkerungsschichten kompensiert werden sollte. Man sprach daher vielmehr von einem afrikanischen Weg zum Sozialismus. Je nach Region und Zeitabschnitt unterschied man in arabischen Sozialismus, afrikanischen Sozialismus (Zeit nach 1960), der eine wichtige Rolle in Tansania spielte, oder wissenschaftlichen Sozialismus (Zeit nach 1975). Die Gemeinsamkeiten lagen in der Verneinung der Diktatur des Proletariats, Anschließung der Landwirtschaft an traditionelle Gemeinschaftsformen, Industrialisierung mit zentraler Planung und der Errichtung der Einparteiendiktatur zur Überwindung der Rückständigkeit.[49] Auch wurde der Klassenkampf, also der Kampf zwischen sogenannten Brüdern und Nichtbrüdern, abgelehnt, da die menschliche Gemeinschaft als Familienschaft angesehen wurde, in der es keine Konflikte zwischen den Menschen geben sollte.[50] Viele Gruppierungen, die sich öffentlich zum Sozialismus bekannten, besaßen des weiteren kaum Kenntnisse über die kommunistischen Lehren und Inhalte und agierten vermehrt auf gesellschaftlicher statt auf politischer Ebene.[51] Dementsprechend gab es im subsaharischen Afrika kaum kommunistische Parteigründungen.

[45] Jakob Goldberg, Afrika im Wandel, S. 27.
[46] Ebd., S. 32.
[47] Eberhard Stahn, Der Kommunismus in Afrika, S. 16.
[48] Johannes L. Kuppe, Die Außenpolitik der DDR. Versuch einer politischen Bewertung, in: Gernot Gutmann, Maria Haendcke-Hoppe (Hrsg.), Die Außenbeziehungen der DDR, Gesellschaft für Deutschlandforschung Jahrbuch 1980, Heidelberg 1980, S. 51.
[49] Eberhard Stahn, Der Kommunismus in Afrika, S. 39
[50] Tom Mboya, Afrika: Freiheit und nachher? Ein Kontinent ringt um die Zukunft, Wien 1966, S. 168.
[51] Eberhard Stahn, Der Kommunismus in Afrika, S. 29ff.

Staaten, die sich zum Beispiel öffentlich für einen sozialistisch geprägten Weg interessierten, waren Angola, Äthiopien, der Kongo, Benin und Sansibar.[52]

2. Die Geschichte Tansanias seit dem Ende der Kolonialzeit

2.1 Kurze Darstellung der Geschichte Sansibars

Die an der Ostküste Afrikas gelegene Insel Sansibar war ab dem Jahr 1890 britisches Protektorat und wurde am 10. Dezember 1963 unabhängig. Am 12. Januar 1964 wurde die „Volksrepublik Sansibar und Pemba" ausgerufen. Die neue Regierung unter Sultan Jamschid Ben Abdullah wurde jedoch durch die 1957 gegründete Afro-Shirazi-Partei[53] gestürzt, die sich zum Sozialismus bekannte.[54] Daraufhin wurde die Volksrepublik unter Abeid Amani Karume ausgerufen. Es fand in den folgenden Monaten eine enge Anlehnung an die kommunistischen Staaten unter Führung der Sowjetunion und an die Volksrepublik China statt.[55] Diese Orientierung fand in der politischen Spitze Sansibars seinen Ausdruck: Neben Karume, der sich zwar selber nicht als Marxist, sondern als Sozialist bezeichnete, waren Kasim Hanga und Babu wichtige Staatsmänner. Hanga hatte in der Sowjetunion studiert und war dementsprechend politisch orientiert. Babu hingegen hatte zahlreiche Kontakte zu China unter Mao Tse-Tung.[56] Es wurden sozialistische Programme, wie zum Beispiel in Bereichen des Wohnungsbaus, des Bildungswesens und der Gesundheitsversorgung, umgesetzt. Ab dem Jahr 1965 kam es zu einer Distanzierung des Staates zur Religion und einer Mobilisierung der Gesellschaft in Massenorganisationen.[57]

Sansibar war zu diesem Zeitpunkt der einzige nichtkommunistische Staat, der die DDR völkerrechtlich anerkannte. Im Februar 1964 wurde der erste DDR-Botschafter auf der Insel stationiert.[58] Die Anerkennung der DDR führte jedoch nach der Fusionierung mit Tanganjika

[52] Jakob Goldberg, Afrika im Wandel, S. 25f.
[53] Die Afro-Shirazi-Partei vertrat die Interessen der schwarzen Mehrheitsbevölkerung gegenüber der zahlenmäßig geringen arabisch-stämmigen Oberschicht. Im Jahr 1977 schloss sie sich mit der TANU zur Einheitspartei Tansanias CCM zusammen.
[54] W. Edmund Clark, Socialist Development and public investment in Tanzania 1964-1973, London 1978, S. 32.
[55] Ulf Engel, „I will not recognise East Germany just because Bonn is stupid". Anerkennungsdiplomatie in Tansania, 1964 bis 1965, in: Ulrich van der Heyden, Franziska Benger (Hrsg.), Kalter Krieg in Afrika. Die Beziehungen der DDR zu Sansibar und Tansania, Berlin 2009, S. 9.
[56] Ludger Wimmelbrücker, Zur Entwicklung der Beziehungen zwischen der DDR und Sansibar in den 1960er Jahren, in: Ulrich van der Heyden, Franziska Benger (Hrsg.), Kalter Krieg in Afrika. Die Beziehungen der DDR zu Sansibar und Tansania, Berlin 2009, S. 194.
[57] Roman Loimeier, Memories of Revolution. Zur Deutungsgeschichte einer Revolution (Sansibar 1964), in: Africa spectrum Vol. 41, No. 2, 2006, Institute of African Affairs at GIGA, Hamburg, S. 177f.
[58] Hermann Wentker, Außenpolitik in engen Grenzen. Die DDR im internationalen System 1949-1989, München 2007, S. 294.

zu erheblichen Konflikten, weil Tanganjika gegen die Aufnahme von diplomatischen Beziehungen mit der DDR war.
Die Bundesrepublik erkannte Sansibar am 13. Februar 1964 an, brach jedoch die Beziehungen nach der Akkreditierung des DDR - Botschafters Ende Februar ab, da Sansibar der Bundesrepublik zuvor versichert hatte, die DDR völkerrechtlich nicht anzuerkennen.[59]

2.2 Kurze Darstellung der Geschichte Tanganjikas

Die ostafrikanische deutsche Kolonie Tanganjika, die zum Gebiet Deutsch-Ostafrika gehörte, wurde nach dem Ersten Weltkrieg in das britische Mandatgebiet eingegliedert. Die Namensgebung Tanganjika, die nach dem Tanganjikasee gewählt wurde, wurde erst zu diesem Zeitpunkt eingeführt. Im Jahr 1946 wurde das Gebiet britisches Treuhandgebiet der Vereinten Nationen. Am 9. Dezember 1961 wurde Tanganjika von Großbritannien unabhängig und am 9. Juni 1962 wurde die Republik Tanganjika gegründet. Der frühere Primeminister Julius Nyerere wurde Präsident des Landes.
Im Jahr 1962 wurde in Tanganjika die Partei TANU[60] gegründet, die zum Aufbau des Sozialismus in Tanganjika beitragen sollte. Der Präsident Nyerere definierte Sozialismus als Abkehr von der Ausbeutung und Dominierung der eigenen Leute, wobei das Prinzip der Gleichheit eine zentrale Rolle spielte. Der Kapitalismus wurde aufgrund seiner ungleichen Verteilung von Kapital und Wohlstand kritisiert und abgelehnt.[61]

Am 26. April 1964 fand die Vereinigung von Sansibar und Tanganjika statt, die sich bis zur Namensänderung in „Vereinigte Republik Tansania“ am 29. Oktober 1964 „Vereinigte Republik von Tanganjika und Sansibar“ nannte. Es wurde eine Zentralregierung in Dar es Salaam für Außen-, Sicherheits- und Währungspolitik errichtet und der sansibarische Präsident Karume wurde erster Vizepräsident der Unionsregierung, während der tansanische Präsident Nyerere der erste Präsident der Union wurde.[62] Sansibar behielt jedoch eigene politische Strukturen wie eine eigene Regierung, ein eigenes Parlament und ein eigenes Gericht.
In den folgenden Jahren wurde ein gesellschaftliches Entwicklungsprogramm für Tansania aufgestellt, das sich an den in der Arusha-Deklaration[63] festgelegten Prinzipien des

[59] Ulf Engel, Anerkennungsdiplomatie in Tansania, S. 11.
[60] TANU: Tanganjika African National Union wurde von Julius Nyerere gegründet. Das Ziel der Partei war die Weiterentwicklung des Ujamma-Sozialismus.
[61] W. Edmund Clark, Socialist Development and public investment in Tanzania, S. 42.
[62] Heinz Schneppen, Eine Insel und zwei deutsche Staaten, S. 117.
[63] Im Jahr 1967 durch die TANU beschlossen.

afrikanischen Sozialismus orientierte. Kennzeichen des sogenannten Ujamma-Sozialismus (Swahili: „wie eine Familie leben“), der von einem Familiengemeinsinn und einer Solidargemeinschaft sowohl auf lokaler als auch auf nationaler Ebene ausging, waren die Gleichheit aller Menschen, die Freiheit der Meinungsäußerung, der Bewegung und des religiösen Glaubens. Es sollten afrikanisch-autochthone, westlich-christliche, islamische, sozialdemokratische und marxistische Ideen miteinander verbunden werden.[64] Weiterhin war eine Grundüberzeugung, dass die Bürger als gemeinsame Besitzer der natürlichen Ressourcen verstanden wurden und dass der Staat die effektive Kontrolle über die wichtigsten Produktionsmittel haben sollte. Das Ziel war die Beendigung der Ausbeutung und der Abhängigkeit, die durch das Konzept der „self-reliance“ realisiert werden sollte.[65] Doch all diese durchaus positiv klingenden Ideale wurden häufig in der Realität nicht sozial umgesetzt. Es fanden im Rahmen der „ländlichen Entwicklung“ unter anderem zahlreiche Landenteignungen und Zwangsumsiedlungen in sogenannte Gemeinschaftsdörfer statt.[66]
Außenpolitisch versuchte man, zu möglichst vielen Staaten freundschaftliche Beziehungen zu pflegen und dabei nicht paktgebunden zu agieren, da nach der Charta der Organisation der Afrikanischen Einheit mehr Einfluss und Selbstständigkeit für die Staaten der Dritten Welt gefordert wurde.[67] Im dritten Kapitel wird sich jedoch zeigen, dass man diesen Idealen nicht immer gerecht werden konnte und sehr wohl in die Blockbindung miteinbezogen wurde bzw. diese Bindung aufgrund eigener Interessen selbst forcierte.

3. Die Außenpolitik der beiden deutschen Staaten in den 1960er Jahren[68]

Außenpolitik wird als Handlung staatlicher Akteure gegenüber anderen Akteuren jenseits der Hoheitsgrenzen, Staatsgrenzen, verstanden. Diese individuellen oder kollektiven Akteure handeln in Vertretung eines Staates und seiner Interessen.[69] Die Außenpolitik umfasst dabei

[64] Peter Meyns, Art. „Sozialismus“, in: Jacob E. Mabe (Hrsg.), Das kleine Afrika-Lexikon, S. 177f.
[65] Helmut Matthes, Zur Entwicklung außenpolitischer Grundlagen der Beziehungen zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Vereinigten Republik Tansania bis Mitte der Siebziger Jahre, in: Ulrich van der Heyden, Franziska Benger (Hrsg.), Kalter Krieg in Afrika. Die Beziehungen der DDR zu Sansibar und Tansania, Berlin 2009, S. 91.
[66] Ludger Wimmelbrücker, Zur Entwicklung der Beziehungen zwischen der DDR und Sansibar, S. 201.
[67] Helmut Matthes, Zur Entwicklung der Beziehungen zwischen der DDR und Sansibar, S. 92.
[68] Den im Folgenden beschriebenen Grundsätze der beiden deutschen Staaten und ihrer Entwicklungshilfepolitik liegen zwei Vertreter der Entwicklungstheorien zugrunde. Zum einen die Modernisierungstheorie, die in den 1950er Jahren durch westliche Wissenschaftler entworfen wurde und zum anderen die Neoimperialismustheorie als Weiterentwicklung der Imperialismustheorie auf Seiten kommunistischen Ideen. Literatur dazu: Gerald Faschingeder, Kultur und Entwicklung. Zur Relevanz soziokultureller Faktoren in hundert Jahren Entwicklungstheorie, 1. Auflage Frankfurt 2001.
[69] Siegmar Schmidt, Gunther Hellmann, Reinhard Wolf (Hrsg.), Handbuch zur deutschen Außenpolitik, 1. Auflage Wiesbaden 2007, S. 17.

die Gesamtheit der politisch-diplomatischen, ökonomischen, militärischen, kulturellen und rechtlichen Beziehungen zwischen den Staaten. Die Methoden werden durch die Interessen und die Ideologie der jeweiligen Regierungen bestimmt.

Es gab bis in die 1950er Jahre faktisch keine eigenständige west- bzw. ostdeutsche Außenpolitik, da immer noch die ehemaligen Siegermächte des Zweiten Weltkrieges über viele Bereiche innerhalb des Staatswesens mitentscheiden konnten. Die Außenpolitik der DDR war auch in den 1950er Jahren nicht vollständig autonom, sondern war primär an Moskau gebunden. Doch wurde unter Walter Ulbricht ab 1963 versucht, eine gewisse Unabhängigkeit von der sowjetischen Außenpolitik zu erlangen. Durch den „Vertrag über Freundschaft, gegenseitigen Beistand und Zusammenarbeit zwischen der DDR und der UdSSR“ am 12. Juni 1964 wurde unter anderem festgelegt, dass die gegenseitige Achtung der staatlichen Souveränität und eine Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten zu beachten seien (Artikel 1).[70]

Die Bundesrepublik hingegen hatte mehr Handlungsspielraum, in dem sie die Westintegration sowohl zur Erlangung von Souveränität und Gleichrangigkeit als auch zur Einbindung in westeuropäische Institutionen (EWG, Euratom)[71] benutzen konnte.[72] Am 15. März 1951 wurde als ein Schritt zur außenpolitischen Souveränität das Auswärtige Amt gegründet.

Im Folgenden soll die Entwicklungshilfe als Teil der Außenpolitik der beiden deutschen Staaten erklärt werden. Es werden zunächst allgemeine Bestimmungsfaktoren dieser Politik erläutert, um im anschließenden Kapitel diese Politik und die Grundsätze an dem Fallbeispiel Tansanias zu analysieren.

3.1. Die Entwicklungshilfe als Teil der Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland

Mit der Gewinnung eines größeren außenpolitischen Spielraums und dem Rückgang der Dringlichkeit von innenpolitischen Angelegenheiten fanden ab 1956 im Bundestag vermehrt Besprechungen über Afrika und die Politik mit den afrikanischen Staaten bzw. Kolonien statt. Zum einen waren die seit Ende der 1950er Jahre steigenden Aktivitäten der DDR in diesen Regionen maßgebend und zum anderen spielte der zunehmende Anti-Kommunismus im Westen eine große Rolle, der sich in der Kultur- und Öffentlichkeitsarbeit wiederspiegelte.[73] Zunächst waren wirtschaftliche Aspekte der Entwicklungshilfe wie die Rohstoffversorgung

[70] Peter Borowsky, Deutschland 1963-1969, Hannover 1983, S. 146.
[71] EWG: Europäische Wirtschaftsgemeinschaft, gegründet am 25.3.1957 zur Förderung der gemeinsamen Wirtschaftspolitik; Euratom: Europäische Atomgemeinschaft, gegründet am 25.3.1957 zur langfristigen Hebung des Lebensstandards.
[72] Siegmar Schmidt, Handbuch zur deutschen Außenpolitik, S. 30ff.
[73] Anita M. Mallinckrodt, Die Selbstdarstellung der beiden deutschen Staaten im Ausland, S. 49ff.

und der Zugang zu den afrikanischen Märkten dominierend, während in den folgenden Jahren auch politische und kulturelle Beziehungen immer wichtiger wurden.

In den 1950er Jahren beteiligte sich die Bundesrepublik bereits an sogenannten Förderungsmaßnahmen, die von Staaten wie Frankreich und Großbritannien geleitet wurden, und stellte Gelder für Projekte in Entwicklungsländern bereit. Am 22. Februar 1956 stellte der SPD-Bundestagsabgeordnete Hellmut Kalbitzer einen Antrag, um die Aufstockung des Haushaltsansatzes zur „Förderung wirtschaftlich unterentwickelter Länder" von 3,5 auf 50 Millionen DM bewilligt zu bekommen, der im Sommer des gleichen Jahres genehmigt wurde.[74]

Im Jahr 1961 wurde das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit[75] unter der Leitung des FDP-Politikers Walter Scheel gegründet. Vorher teilten sich das Auswärtige Amt, das Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie und das Bundesministerium für Finanzen die Regelung der Entwicklungshilfe.[76] Der Gründung dieser neuen politischen Institution trug laut Walter Scheel der Tatsache Rechnung, dass die Entwicklungshilfe neben den Bereichen Außenpolitik, Wirtschaftspolitik und Sozialpolitik selbstständiger und wichtiger wurde.[77] Allerdings wurden dem Bundesministerium zunächst koordinatorische Funktionen zugesprochen und die operativen Aufgaben lagen weiterhin beim Auswärtigen Amt und dem Bundeswirtschaftsministerium.[78]

Im April 1961 formulierte Bundeswirtschaftsminister Ludwig Erhard entwicklungspolitische Leitsätze, in denen die sogenannten Vergaberichtlinien festgelegt wurden. Der Schwerpunkt lag auf der Förderung von privatwirtschaftlichen Initiativen. Die Entwicklungshilfe sollte laut diesen Leitlinien neben der Form von finanzieller und technischer Zusammenarbeit, auch im Bereich der Bildungsarbeit, durchgeführt werden. Dem öffentlichen Engagement wurde hingegen nur eine untergeordnete Rolle zugebilligt.[79]

---

[74] Dirk van Laak, Imperiale Infrastruktur, S. 422.

[75] Von 1949 bis 1953 existierte bereits ein Ministerium mit diesem Namen, dessen Aufgaben im Wiederaufbau der durch den Zweiten Weltkrieg zerstörten Industrien lagen. Das 1961 gegründete Ministerium sollte den Entwicklungsländern beim Aufbau einer leistungsfähigen Wirtschaft helfen.

[76] Helga Haftendorn, Lothar Wilker, Claudia Wörrmann, Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland, Berlin 1982, S. 463.

[77] Walter Scheel, Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit: Grundsatzerklärung zur deutschen Entwicklungspolitik am 6.1.1962, in: Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, Nr.4, 1962, S. 31.

[78] Erlass in Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, Nr. 25 vom 6.2.1962, S. 211.

[79] Vgl. Kabinettsprotokoll der 135. Sitzung am 11. Januar 1961 (http://www.bundesarchiv.de/cocoon/barch/0000/k/k1961k/kap1_1/para2_2.html?highlight=true&search=Au%C3%9Fenpolitik%20Afrika&stemming=true&field=all#d8e33_rueck).

3.1.1 Die außenpolitischen Grundsätze

Für die Bundesrepublik standen in den 1950er und den 1960er Jahren vor allem zwei wesentliche Leitmotive im Vordergrund ihrer Außenpolitik bzw. ihrer Entwicklungshilfe. Das war zum einen der Versuch, nach dem Krieg diplomatische Beziehungen aufzubauen, um die eigene außenpolitische Souveränität und den außenwirtschaftlichen Handlungsspielraum wieder aufbauen zu können.[80] Das Bundesministerium für Wirtschaft sah diese Möglichkeit vor allem – was die Kontakte zu nicht-westlichen Staaten betraf - in der Durchführung von entwicklungspolitischen Maßnahmen. Durch diese Kontakte versprach man sich wichtige Verträge und Handelsabkommen, welche die Regierungen in den betroffenen Staaten in positiver Weise zur Bundesrepublik bestärken sollten.[81] Die Finanzhilfe wurde damit als Mittel zur Stärkung der internationalen Position gesehen.[82]

Das andere Leitmotiv der westdeutschen Politik war die „Politik der Nichtanerkennung", die in Form der Hallstein-Doktrin am 22. September 1955 veröffentlicht wurde. Damit wurde der „Alleinvertretungsanspruch" der Bundesrepublik deutlich.[83] Mit dieser Politik sollte verhindert werden, dass sich das unerwünschte kommunistische System konsolidieren konnte. Die Bundesrepublik verweigerte bzw. drohte mit dem Abbruch von diplomatischen Beziehungen und aller politischer Kontakte, wenn das betroffene Land Beziehungen zu kommunistischen Staaten, vor allem zur DDR, führen sollte.[84] Unter politischen Kontakten wurden diplomatische und konsularische Beziehungen, bilaterale politische Verträge, die Entsendung bzw. der Empfang von staatlichen Handelsdelegationen, die Duldung der DDR an multilateralen Konferenzen und die Aufnahme der DDR in internationalen Organisationen gefasst.[85]

Willy Brandt fasste die Ziele der Bundesregierung im Bezug auf Entwicklungsländer folgendermaßen im Jahr 1959 kurz zusammen: „Die Politik gegenüber Entwicklungsländern hat die Aufgabe, Mittel und Wege zu finden, um eine enge Zusammenarbeit und langfristige Bindung zwischen den Entwicklungsländern herzustellen, um somit die Verwirklichung einer Reihe von außenpolitischen Zielsetzungen der Bundesrepublik wie Wiedervereinigung,

---

[80] Ulf Engel, Die Afrikapolitik der Bundesrepublik Deutschland 1949-1999. Rollen und Identitäten, Hamburg 2000, S. 35.
[81] Hans-Jürgen Wischnewski, Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit: Rede im Deutschen Bundestag am 11.10.1967, in: Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit (Hrsg.), Entwicklungspolitische Materialien, Nr. 57, Bonn, November 1976, S. 68-76 (gekürzt).
[82] Ulf Engel, Die Afrikapolitik der Bundesrepublik Deutschland, S. 51.
[83] Andreas Fraude, Die Außenpolitik der DDR, Landeszentrale für politische Bildung Thüringen, Erfurt 2006, S. 27.
[84] Heinrich End, Zweimal deutsche Außenpolitik. Internationale Dimensionen des innerdeutschen Konflikts 1949-1972, Köln 1973, S. 24.
[85] Ebd., S. 41.

Nichtanerkennung der Sowjetzone und Nichteinbeziehung der Entwicklungsländer in die östliche Einflusssphäre zu ermöglichen.“[86]

3.1.2 Das außenpolitische Verhältnis zu Afrika

Die Bundesrepublik versuchte durch Zusammenarbeit und längerfristige Bindungen in Form von Wirtschaftsverträgen oder Krediten, Kontakte in afrikanischen Staaten aufzubauen.

Im Rahmen des EWG-Assoziierungsabkommen mit afrikanischen Ländern erhöhte die Bundesrepublik Anfang der 1960er Jahre trotz Bedenken des Bundesfinanzministers ihren Beitrag zum Entwicklungsfonds der EWG, da vor allem die USA den geringen Beitrag der Bundesrepublik zur weltweiten Entwicklungshilfe mit der Begründung kritisiert hatten, dass die Entwicklungshilfe neben dem militärischen Aufbau die zweite Säule für die Erhaltung der Freiheit sei.[87] Mitte der 1960er Jahre wurde dann die Bedeutung der afrikanischen Staaten durch die Bundesregierung selbst formuliert, sodass man vermehrt begann, Kontakte zu diesen aufzunehmen. Neben regierungsamtlichen Erklärungen und Staatsbesuchen waren weitere bedeutende Ansatzpunkte der bundesdeutschen Entwicklungspolitik die Förderung von Projekten zur Selbsthilfe in den Bereichen Ernährung, Bildung, Wissenschaft, Infrastruktur, Industrie und Landwirtschaft, die mit der technischen und der finanziellen Zusammenarbeit durchgesetzt werden sollten.[88]

Neben den wirtschaftlichen Aspekten und der Sicherung der westdeutschen internationalen Position wurde auch in afrikanischen Staaten der Alleinvertretungsanspruch deutlich. In der oben zitierten Aussage von Willy Brandt wurde indirekt Bezug auf die Prinzipien der Hallstein-Doktrin genommen. Brandt macht deutlich, dass eine Einbeziehung der Entwicklungsländer in die östliche Einflusszone verhindert werden sollte. Man drohte unter anderem mit dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu Entwicklungsländern, falls Beziehungen zur DDR oder anderen kommunistischen Staaten aufgenommen wurden. Ein Beispiel für die Durchsetzung der Hallstein-Doktrin war der Abbruch der Beziehungen zu Ägypten im Jahr 1965, da Ägypten den Staatsratsvorsitzenden der DDR, Walter Ulbricht, nach offiziellem Protokoll empfangen hatte.[89]

---

[86] Gerd Röhnelt, Die bundesdeutsche Entwicklungshilfe für Tansania seit 1961, Frankfurt/M. 1980, S. 16.
[87] Vgl. Protokoll der 35. Kabinettsitzung am 4. Juli 1962 (http://www.bundesarchiv.de/cocoon/barch/0000/k/k1962k/kap1_2/kap2_31/para3_13.html);
Vgl. Protokoll der 124. Kabinettsitzung am 12. Oktober 1960, über die Gestaltung der deutschen Entwicklungshilfe (http://www.bundesarchiv.de/cocoon/barch/0000/k/k1960k/kap1_2/kap2_40/index.html).
[88] Gerd Röhnelt, Die bundesdeutsche Entwicklungshilfe, S. 20ff.
[89] Helga Haftendorn, Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland, S. 461; Ludwig Erhard, Rede zur Nahost-Politik im Deutschen Bundestag am 17.2.1965, in : Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, Nr. 31/1965. S. 245 (gekürzt).

Eine andere Möglichkeit, den Einfluss des Kommunismus einzuschränken, sah die Bundesregierung in der Drohung bzw. der Einstellung der Entwicklungshilfegelder. Diesem Vorgehen lag die Annahme zu Grunde, dass die Entwicklungsländer auf die Gelder angewiesen seien und so keinen großen Handlungsspielraum diesbezüglich besaßen. Die Einstellung der Gelder wurde beispielsweise Mitte der 1960er Jahren durch die Bundesregierung für Tansania diskutiert, da die tansanische Regierung sich nicht an Vereinbarungen mit der Bundesregierung hielt und erneut Kontakte zur DDR aufnahm (siehe viertes Kapitel).

3.2 Die Wirtschaftshilfe als Teil der Außenpolitik der DDR

Die Außenpolitik der DDR[90] war von dem Bestreben bestimmt, das eigene Herrschafts- und Gesellschaftssystem zu stabilisieren, wirtschaftliche Beziehungen aufzubauen und eine völkerrechtliche Anerkennung durch die internationale Staatenwelt zu erlangen. Außerdem war laut dem Selbstverständnis der DDR das Hauptziel der Außenpolitik, die Sicherung der günstigen internationalen Bedingungen für den Aufbau des Sozialismus und Kommunismus.
Bis zum Amtsantritt von Erich Honecker 1971, der unter anderem aufgrund des Grundlagenvertrages vom 8. November 1972 den Schwerpunkt der Politik auf die Zusammenarbeit mit westlichen Industriestaaten legte, wurden die politischen Maßnahmen für die Entwicklungsländer, die sich innen- und außenpolitisch von den Kolonialmächten emanzipieren wollten, fokussiert. Als wichtige Aufgaben wurden dabei „die Unterstützung der nationalen Befreiungsbewegungen, das konsequente Auftreten gegen jede Form des Kolonialismus, Neokolonialismus und Rassismus und die Entwicklung und Festigung solidarischer Beziehungen zu den national befreiten Staaten in Asien, Afrika und Lateinamerika“ verstanden.[91]
In der DDR waren mehrere Institutionen mit außenpolitischen Angelegenheiten bzw. der Entwicklungshilfe betreut. Das waren unter anderem das Sekretariat des Zentralkomitees der SED mit dem Sekretär für internationale Verbindungen, das Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten, das Ministerium für Außenhandel und das Ministerium für Kultur.[92]

[90] Eigene Begründung einer außenpolitischen Tradition: preußischer Eroberungskrieg gegen Frankreich im Jahr 1870, dessen Beendigung von der deutschen Arbeiterbewegung unter August Bebel und Wilhelm Liebknecht gefordert wurde; deutsche linke Sozialdemokratie ist gegen den Ersten Weltkrieg; während des Zweiten Weltkrieges vertritt die KPD die Ideen des Friedens. Damit sei die Grundlage für einen Kampf gegen den westdeutschen Imperialismus und Militarismus gelegt (Gerhard Hahn, Außenpolitik der DDR – für Sozialismus und Frieden, Berlin 1974, S. 42f.).
[91] Ulrich Post, Die Afrikapolitik der DDR, S. 10ff.
[92] Ebd., S. 8.

Zusätzlich zu diesen Institutionen war der FDGB (Freier Deutscher Gewerkschaftsbund) ab dem Jahr 1960 auf dem afrikanischen Kontinent aktiv und sorgte meistens mit Hilfe des Solidaritätskomitees der DDR für die „vordiplomatische“ Arbeit, in dem er die Unabhängigkeitsbestrebungen unterstützte und internationale Kontakte zu anderen Gewerkschaftsbunden pflegte.[93]

3.2.1 Die außenpolitischen Grundsätze

Die Außenpolitik der DDR beruhte neben der eigenen sozialistischen gesellschaftlichen Ordnung auf mehreren Prinzipien[94], die sich je nach der politischen Struktur der Staaten unterschieden. Das war zum einen der „proletarische Internationalismus“, der anders als der „sozialistische Internationalismus“ nicht nur die Beziehung zur Sowjetunion umfasste, sondern auch die Beziehungen zu anderen kommunistischen Staaten beschrieb.[95] Kennzeichen dieses Internationalismus waren „solidarische Aktionen, gleichberechtigte Zusammenarbeit und die gemeinsame Verteidigung der Errungenschaften des Sozialismus, um den sozialistischen und kommunistischen Aufbau zu sichern“ (Programm der SED, S. 59). Die Voraussetzungen waren eine gleichartige ökonomische Grundlage, eine gleichartige Staatsordnung und eine einheitliche Ideologie.[96]

Eine weitere außenpolitische Maxime war das „Prinzip der friedlichen Koexistenz“, das die Beziehungen zu Westdeutschland und anderen kapitalistischen Staaten betraf. Die zwischenstaatlichen Beziehungen von sozialistischen und kapitalistischen Staaten sollten auf der Grundlage der Gleichberechtigung geregelt werden, was zum einen die gegenseitige Achtung der Souveränität und die territoriale Integrität betraf. Das „Prinzip der friedlichen Koexistenz“ trat während der Entspannungspolitik und dem Grundlagenvertrag in den 1970er Jahren stark in den Vordergrund.[97] Dieses Prinzip wurde als eine spezifische Form des Klassenkampfes zwischen Sozialismus und Kapitalismus auf internationaler Ebene gesehen, der nur solange stattfinden solle bis sich die sozialistische Ideologie im Weltmaßstab durchgesetzt habe.[98] Es wurde somit eine ideologische Koexistenz kategorisch ausgeschlossen.

---

[93] Alexandra Hermann, FDGB-Lexikon, Berlin 2009, S. 2f.
[94] Diese Prinzipien wurden auf dem 26. Parteitag der KPdSU in dem „Friedensprogramm“ festgelegt und sollten die gemeinsame Grundlage aller kommunistischer Staaten sein. Das „Friedensprogramm“ wurde am X. Parteitag der SED in das „Friedenskonzept“ der DDR aufgenommen.
[95] Siegfried Mampel, Die Außenpolitische Maximen in der DDR-Verfassung von 1968/1974, in: Gernot Gutmann, Maria Haendcke-Hoppe (Hrsg.), Die Außenbeziehungen der DDR, Gesellschaft für Deutschlandforschung Jahrbuch 1980, Heidelberg 1980, S. 28.
[96] Wilhelm Bruns, Die Außenpolitik der DDR, Beiträge zur Zeitgeschichte Bd. 16, Berlin 1985, S. 33f.
[97] Andreas Fraude, Die Außenpolitik der DDR, S. 10.
[98] Wilhelm Bruns, Die Außenpolitik der DDR, S. 48f.

Die „antiimperialistische Solidarität“ war als Strukturprinzip für die Außenpolitik gegenüber den Entwicklungsländern von besonderer Bedeutung und wurde – wie die bereits genannten Prinzipien - in der Verfassung von 1968/1974 (Art. 6, Abs. 3, Satz 1) verankert.[99] Diese Methode unterstützte nach Verständnis der DDR die betroffenen Staaten gegen die koloniale und rassistische Unterdrückung, bei der nationalen Unabhängigkeit und bei dem sozialen Fortschritt. Die Entwicklungsländer wurden in drei Kategorien eingestuft, deren Einteilung sich nach der ideologischen Orientierung richtete. Bedeutsam waren die Staaten, die sich entweder bereits für einen sozialistischen Weg entschieden oder noch keiner für die Blockbildung typische Orientierung zugesagt hatten. Bei den letzteren Staaten spielte die Bildungshilfe eine wichtige Rolle, um dort die sozialistischen Ideale erfolgreich „von unten“ verbreiten zu können.[100]

3.2.2 Das außenpolitische Verhältnis zu Afrika

Am 4. Januar 1960 wurde durch einen Politbürobeschluss der SED eine eigenständige Afrikapolitik begründet. Der afrikanische Kontinent wurde als Brennpunkt internationaler Klassenauseinandersetzungen gesehen, deren Ergebnis zu Veränderungen des internationalen Kräfteverhältnis beitragen könne.[101]

Die DDR unterstützte im Zuge der antiimperialistischen Solidarität unter anderem die SWAPO in Namibia und den ANC (African National Congress) in Südafrika in den „nationalen und sozialen Befreiungskämpfen gegen Kolonialismus, Imperialismus, Neokolonialismus und Rassismus.“[102] Die Befreiungskämpfe in Afrika und in Asien wurden als die Fortsetzung der Russischen Revolution gesehen und sollten daher laut einer Rede von Walter Ulbricht stets solidarisch unterstützt werden.[103] Die DDR stimmte dementsprechend im Jahr 1960 der UN-Deklaration „über die Gewährung der Unabhängigkeit an die kolonialen Länder und Völker“ zu.[104] In der DDR wurden zahlreiche Solidaritätsorganisationen

[99] Art. 6, Absatz 3: DDR unterstützt „die Staaten und Völker, die gegen den Imperialismus und sein Kolonialregime, für nationale Freiheit und Unabhängigkeit kämpfen, in ihrem Ringen um gesellschaftlichen Fortschritt.“ (Henning von Löwis of Menar, Die DDR und Afrika, in: Gernot Gutmann, Maria Haendcke-Hoppe (Hrsg.), Die Außenbeziehungen der DDR, Gesellschaft für Deutschlandforschung Jahrbuch 1980, Heidelberg 1980, S. 221.)

[100] Wilhelm Bruns, Die Außenpolitik der DDR, S. 42f.

[101] Stefan Doernberg, Außenpolitik der DDR. Drei Jahrzehnte sozialistische deutsche Friedenspolitik, 1. Auflage Berlin 1979, S. 235.

[102] Ulrich Post, Die Afrikapolitik der DDR, S. 12.

[103] Walter Ulbricht am 1.1.1961: „Die DDR stand und steht auf der Seite der um ihre Freiheit und staatliche Unabhängigkeit kämpfenden kolonial unterdrückten Völker und gewährt ihnen nach Kräften jede Unterstützung. Die DDR unterstützt die in Asien, Afrika und Lateinamerika entstandenen Nationalstaaten. Sie ist auch bereit, die freundschaftlichen Beziehungen zu ihnen im Interesse des Friedens, der Völkerverständigung und des historischen Fortschritts weiter auszubauen.“ (Stefan Doernberg, Außenpolitik der DDR, S. 79)

[104] Gerhard Hahn, Außenpolitik der DDR, S. 138f.

gegründet, die in der Dachorganisation „Liga der Völkerfreundschaft“ zusammengeschlossen wurden. Diese Organisationen erbrachten Leistungen in Form von materieller Hilfe wie Nahrung, Medikamenten und Kleidung durch Spendenaktionen.[105]

Neben der Unterstützung der afrikanischen Befreiungsbewegungen wurden auch einige Handelsabkommen mit afrikanischen Staaten abgeschlossen, um die Außenhandels- und Außenwirtschaftsbeziehungen aufzubauen bzw. zu festigen, um unter anderem eine ernsthafte Wirtschaftskonkurrenz zur Bundesrepublik darstellen zu können. Dies betraf unter anderem ein Handelsabkommen mit Ägypten im Jahr 1953 und ein Zahlungsabkommen mit dem Sudan 1955.[106]

Weitere Leistungen der Wirtschaftshilfe durch die DDR waren Kreditabkommen, die die Zusagen von Krediten zur Abdeckung materieller und personeller Kosten beinhaltete und sogenannte Kulturabkommen, die den Austausch von Lehrern, Wissenschaftlern und Studenten einschlossen und die Vermittlung vom technischen Know-how regelten. Diese Vermittlung umfasste das Einsetzen von eigenen Technikern und Beratern in der Landwirtschaft, der Infrastruktur und der Grundstoffindustrie vor Ort.[107] Außerdem waren Institutionen der DDR auch auf bildungspolitischer Ebene aktiv: Im Jahr 1956 wurde das Herder-Institut gegründet, eine Ausbildungsstätte für Studenten aus Entwicklungsländern, es wurden Lehrbücher in afrikanischer Sprache herausgegeben und Radiosendungen wurden in afrikanischen Staaten in einheimischer Sprache ausgestrahlt.[108]

Hinter diesen Maßnahmen sah die DDR die Chance, zunächst in Afrika den Alleinvertretungsanspruch der Bundesrepublik erfolgreich zu umgehen, was sich jedoch im Laufe der 1960er Jahre als falsch herausstellen sollte.[109]

4. Die beiden deutschen Staaten und Tansania

In den 1960er Jahren spielte das Ringen um internationale Anerkennung und der Aufbau von diplomatischen Beziehungen für beide deutschen Staaten eine wichtige Rolle, wenn es um die politischen Zielvorstellungen und deren Umsetzung ging. Man sah unter anderem in dem afrikanischen Kontinent, auf welchem in dieser Phase eine große Zahl von ehemaligen Kolonien ihre Unabhängigkeit erhielten bzw. um diese kämpften, eine politische Chance, um die erstrebte Anerkennung durch den Aufbau neuer Kontakte zu erhalten. Dabei wurde der

[105] Anita M. Mallinckrodt, Die Selbstdarstellung der beiden deutschen Staaten im Ausland, S. 209.
[106] Ulrich Post, Die Afrikapolitik der DDR, S. 20f.
[107] Eberhard Stahn, Der Kommunismus in Afrika, S. 19ff.
[108] Anita M. Mallinckrodt, Die Selbstdarstellung der beiden deutschen Staaten im Ausland, S. 72.
[109] Ulf Engel, Die Afrikapolitik der Bundesrepublik Deutschland, S. 88.

ostafrikanische Staat Tansania vor allem in den Jahren 1964 und 1965 zum Schauplatz der deutsch-deutschen Bestrebungen.

Die ersten Differenzen entstanden innerhalb der tansanischen Regierung bereits kurz nach der Fusionierung von Tanganjika und Sansibar, da eine unterschiedliche Auffassung über die Aufnahme von diplomatischen Beziehungen zur DDR herrschte. Die Regierung Tanganjikas hatte im Zuge der Kontaktaufnahme zur Bundesrepublik dieser zugesagt, keine Beziehungen mit der DDR aufzunehmen. Sansibar jedoch erkannte im Jahr 1964 die DDR an und sagte der Gründung einer Botschaft auf der Insel zu. Aufgrund dieser Umstände brach die Bundesrepublik ihre diplomatischen Beziehungen zu Sansibar ab. Diese politische Ausgangslage führte in der neuen Unionsregierung zu Diskussionen. Die späteren Auseinandersetzungen entzündeten sich jedes Mal aufgrund der unterschiedlichen Vorgehensweisen der Regierungen Tanganjikas und von Sansibar, was das Alleinvertretungsrecht der Bundesrepublik und das Bestreben nach politischer Anerkennung der DDR betraf.

Das folgende Kapitel soll diese Auseinandersetzungen darstellen und vor dem Hintergrund der Ausgangsfrage, wie Entwicklungshilfe als ideologisches Instrument verwendet wurde, die Vorgehensweise beider Staaten analysieren.

4.1 Die westdeutsche Entwicklungshilfe in Tansania

Im September 1961 fanden zwischen der Bundesrepublik und Tanganjika in Dar es Salaam die ersten Verhandlungen statt, die ein Jahr später in dem „Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik und der Regierung Tanganjikas über technische Zusammenarbeit“ (6.9.1962) und dem „Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik und der Regierung Tanganjikas über Kapitalhilfe“ (11.9.1962) mündeten.[110]

Die Ansatzpunkte der westdeutschen Entwicklungshilfe waren die Förderung des regionalen Ausgleichs, also die Beseitigung der Unterschiede zwischen Stadt und Land, die städtische Zentralisierung mit einer gleichzeitigen Förderung der ländlichen Entwicklung und der Aufbau der Infrastruktur.[111]

Als dann im April 1964 jedoch Tanganjika und Sansibar zur Republik Tansania fusionierten, entstanden sowohl zwischen der westdeutschen und der tansanischen als auch innerhalb der tansanischen Regierungen erhebliche Spannungen bezüglich der diplomatischen Anerkennung der DDR. Denn der tansanische Präsident Julius Nyerere erkannte die DDR nicht an, während

[110] Gerd Röhnelt, Die bundesdeutsche Entwicklungshilfe für Tansania, S. 41.
[111] Ebd., S. 94f.

der Vizepräsident Tansanias und sansibarische Präsident Abeid Amani Karume, die Beziehungen zur DDR weiter aufrecht erhalten wollte.

Nachdem im Frühjahr die Bundesrepublik die Beziehungen zu Tansania durch großzügige Entwicklungshilfe in Form von Wohnungsbauten sichern konnte, kündigte Oscar Kambona, Generalsekretär der TANU, am 27. Juni 1964 an, alle vor dem 26.4.1964 eröffneten Botschaften ab dem 30. Juni in Konsulate umzuwandeln.[112] Dies betraf auch die DDR-Vertretung auf Sansibar.

Die Bundesregierung ging diesbezüglich jedoch noch weiter und forderte, dass die DDR-Vertretungen in Zukunft auf Sansibar beschränkt werden sollten. Die Forderungen beinhalteten neben der „Beschränkung des Zuständigkeitsbereiches des SBZ-Konsulats[113] auf Sansibar und Pemba, [...] die Beschränkung der dienstlichen und persönlichen Reisetätigkeiten des Konsulatspersonals auf die beiden Inseln, das Verbot aller gegen die Bundesrepublik Deutschland gerichteten Aktionen des SBZ-Konsulats, insbesondere der Propaganda, [...] öffentliche Verlautbarung der Unionsregierung, in der die Bundesregierung als allein legitimierte, aus freien Wahlen hervorgegangen Vertretung des deutschen Volkes [...] angesprochen wird.“[114] Es sollten somit auch keine DDR-Niederlassungen in Dar es Salaam geben, wie es zunächst mit einer Handelsvertretung geplant gewesen war. Denn die Bundesrepublik sah nach einem UNO-Referat in der Außenpolitik der DDR eine dreiphasige Strategie, die über die Errichtung von Handelsvertretungen als Vorbereitung auf die politische Einflussnahme auf Tansania hinauslief. Damit würden Handelsvertretungen nur als Fassade dienen und das eigentliche Ziel der DDR sei die völkerrechtliche Anerkennung und die gleichzeitige ideologische Einflussnahme.[115]

Im Juli 1964 versprach Bonn der tansanischen Regierung die Lieferung von zwei Küstenwachbooten, von insgesamt 24 Militärflugzeugen, von fünf bis sechs Straßenpanzerwagen und militärische Ausbildungshilfe, um die Regierung Tansanias zu einer Zusage der westdeutschen Forderungen zu bewegen.[116] Es gab jedoch keine konkrete Zusage durch die Regierung Tansanias und erst nach dem Jahreswechsel kam es erneut zu Gesprächen. Denn anlässlich einer Europareise Nyereres und eines möglichen Besuches der Bundesrepublik sollte der Entwicklungshilfeminister Walter Scheel Verhandlungen führen, die die Regierung Tansanias zum Verzicht auf einen Status der DDR bewegen sollten. Die

[112] Ulf Engel, Anerkennungsdiplomatie in Tansania, S. 15.
[113] Aufgrund der Nichtanerkennung der DDR durch die Bundesrepublik wurde von der sowjetischen Besatzungszone gesprochen.
[114] Ulf Engel, Anerkennungsdiplomatie in Tansania, S. 16 (CDU-Politiker Karl Carstens am 1. Juli 1964).
[115] Ebd., S. 13.
[116] Hermann Wentker, Außenpolitik in engen Grenzen, S. 295.

Bundesrepublik versprach im Zuge dieser Verhandlungen auch, das gesamte Volumen der DDR-Entwicklungsprojekte zu übernehmen. Auffallend war, dass die Verhandlungen ausgerechnet der Vertreter des erst vor kurzem gegründeten Entwicklungsministeriums führen sollte. Dies könnte ein erster Hinweis auf die Wichtigkeit der Entwicklungshilfe für die Durchsetzungspolitik gegenüber der DDR sein. Die Regierung Tansanias jedoch beschloss am 19.2.1965 die Errichtung eines Generalkonsulats der DDR in Dar es Salaam, was für die Bundesrepublik einer Aufwertung der DDR durch Tansania gleichkam und das Scheitern der eigenen Politik bedeutete, die eine Ausweitung des Einflusses der DDR auf das gesamte Staatsgebiet verhindern sollte. Am 24. Februar 1965 betonte daraufhin das Bundeskabinett die Prinzipien der Hallstein-Doktrin und diskutierte die Einstellung der Entwicklungshilfe und der militärischen Ausbildungshilfe bei jeder Veränderung zu „ungünstigen Verhältnissen". Bereits zwei Tage später wurden die ersten Militärberater aus Tansania abgezogen.[117] Auf Druck der europäischen Staaten und vor allem der USA, aber auch auf späteren Wunsch Tansanias, wurde die Entwicklungshilfe nicht eingestellt. Es wurden jedoch Bedingungen für die Weiterführung gestellt. Die Hauptforderung war die Beschränkung des Generalkonsulats der DDR auf das Staatsgebiet Sansibars. Dies sollte auch den Wegfall des kürzlich errichteten Generalkonsulats in Dar es Salaam bedeuten. Am 19. März wurde der Botschafterstatus der DDR auf Sansibar aufgehoben.[118]

4.2 Die Wirtschaftshilfe der DDR in Tansania

Die ersten Verbindungen zur DDR knüpfte Tansania über den Weltgewerkschaftsbund, den Internationalen Studentenbund und die Internationale Frauenföderation, die alle in die sogenannten Kulturabkommen integriert worden waren.[119]

Zu Beginn des Jahres 1964 beschloss der Ministerrat, Sansibar zum wirtschaftlichen Schwerpunkt zu machen. Dementsprechend wurde am 11. April 1964 eine Ministerratsvorlage verabschiedet, die die Errichtung von 150 Wohnungen, die Vergabe von Krediten in Höhe von 10 bis 15 Millionen DM, die Lieferung von Fischereifahrzeugen und die Vergabe von Universitätsstipendien umfasste.[120] In den folgenden Jahren wurden

[117] Ulf Engel, Anerkennungsdiplomatie in Tansania, S. 19ff.
[118] Ebd., S. 25ff.
[119] Helmut Matthes, Zur Entwicklung außenpolitischer Grundlagen der Beziehungen zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Vereinigten Republik Tansania, S. 56.
[120] Ludger Wimmelbrücker, Zur Entwicklung der Beziehungen zwischen der DDR und Sansibar, S. 202.

zahlreiche Abkommen zwischen der DDR und Sansibar abgeschlossen, die neben dem Aufbau von Industrieanlagen vor allem Kredithilfe beinhaltete.[121]

Die DDR-Regierung sah in dem tansanischen Entwicklungsprogramm (siehe Kapitel 2.2) ihre Chance, um die sozialistischen Prinzipien weiter zu verbreiten. Denn dadurch, dass die Regierungsarbeit sozialistische Züge hatte, wurde Tansania als sozialistischer Staat eingestuft, der in die Beziehungen der kommunistischen Staaten miteinbezogen werden sollte. Allerdings war sich die DDR-Führung bewusst, dass in Tansania ständige Auseinandersetzungen zwischen den sozialistisch und den westlich orientierten Kräften dieses Vorhaben behindern könnten.[122]

Am 29. April 1964 fanden zwischen dem stellvertretenden Vorsitzenden des Ministerrats Paul Scholz und dem tansanischen Vizepräsidenten Karume Gespräche statt, die die diplomatischen Beziehungen auch im Rahmen der neu gegründeten Union ausweiten sollten. Karume versicherte bei einem weiteren Treffen mit dem DDR-Vize-Außenminister Wolfgang Kiesewetter, - vor dem Hintergrund der Diskussionen über die Umwandlung der Botschaften in Konsulate - dass die Beziehungen zur DDR für immer bestehen blieben und es falsch wäre, dem Imperialismus nachzugeben. Im Juli wurde auf einem Treffen zwischen Kambona und dem DDR-Beauftragten in Kairo, Ernst Scholz, die Aufrechterhaltung der Botschaft auf Sansibar und die Errichtung eines Generalkonsulats in Dar es Salaam diskutiert. Aufgrund des zunächst positiven Verlaufs der Gespräche vergab die DDR-Führung am 21. Juli Kredite in Höhe von 20 bis 25 Millionen DM zur Lieferung von Industrieanlagen.[123]

Der tansanische Präsident Nyerere jedoch teilte diese Meinung nicht und setzte sich für eine Schließung der Botschaft der DDR auf Sansibar und für eine DDR-Handelsvertretung in Dar es Salaam ein. Dementsprechend musste Karume dem Präsidenten nachgeben und die DDR wurde völkerrechtlich schließlich nicht anerkannt.[124] Aufgrund dieser Entscheidung bezeichnete die DDR die neu gegründete Union als einen Sieg der Westmächte.[125]

Doch zu Beginn des Jahres 1965 wurden erneut Verhandlungen zwischen der DDR und Tansania aufgenommen, nachdem die Bundesregierung im Zuge einer Sondierungsreise von Walter Scheel im Januar 1965 die tansanische Regierung zu einem Verzicht auf den Status der DDR in der Union bewegen wollte. Diese Sondierungsgespräche verliefen allerdings

[121] Franziska Benger, Die Entwicklungszusammenarbeit der DDR in Sansibar/Tansania, in: Ulrich van der Heyden, Franziska Benger (Hrsg.), Kalter Krieg in Afrika. Die Beziehungen der DDR zu Sansibar und Tansania, Berlin 2009, S. 351f.
[122] Helmut Matthes, Zur Entwicklung außenpolitischer Grundlagen der Beziehungen zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Vereinigten Republik Tansania, S. 96.
[123] Ulf Engel, Anerkennungsdiplomatie in Tansania, S. 18f.
[124] Heinz Schneppen, Eine Insel und zwei deutsche Staaten, S. 117f.
[125] Ulf Engel, Anerkennungsdiplomatie in Tansania, S. 13f.

ergebnislos. Nyerere schlug nun der DDR vor, ein Generalkonsulat in Sansibar mit Zuständigkeit für das gesamte Staatsgebiet zu zulassen und dafür die Schließung der Botschaft auf Sansibar durchzusetzen. Es wurde allerdings noch immer keine diplomatische Anerkennung der DDR durch Tansania in Aussicht gestellt.[126] Der DDR-Außenminister Kiesewetter schlug jedoch am 15. Februar vor, die DDR könne in dreifacher Weise in Tansania vertreten sein: Durch einen Beauftragten für die ostafrikanischen Staaten im Rang eines Botschafters, durch einen Generalkonsul in der Hauptstadt und durch einen Konsul in Sansibar.[127] Tansania akzeptierte diesen Vorschlag jedoch nicht. Am 19. Februar 1965 wurde schließlich beschlossen, dass in Dar es Salaam ein Generalkonsulat der DDR errichtet und die Botschaft auf Sansibar aufgegeben werden sollte. Nach der Eröffnung des Konsulats am 23. März unter der Leitung von Gottfried Lessing wurde jedoch durch die tansanische Regierung das Generalpersonal der DDR gekürzt und der 7. Oktober als Nationalfeiertag der DDR gestrichen.[128]

Dieser Konflikt bezüglich der völkerrechtlichen Anerkennung der DDR sorgte noch bis zum Jahr 1966 für erhebliche Diskussionen sowohl innerhalb der tansanischen Regierung als auch zwischen Tansania und den beiden deutschen Staaten. Es gab weiterhin unterschiedliche Auffassungen über die diplomatische Anerkennung der DDR zwischen Karume und Nyerere. Diese Meinungsverschiedenheiten wurden jeweils in der Bundesrepublik und der DDR unterschiedlich interpretiert und beide Seiten machten sich Hoffnungen, ihre außenpolitischen Ziele in Tansania durchsetzen zu können. Um ihre außenpolitischen Ambitionen zu unterstreichen, wurden Tansania von beiden deutschen Staaten bestimmte Maßnahmen versprochen, wie zum Beispiel eine Erhöhung der Entwicklungshilfegelder oder der Aufbau von neuen Industrien.

4.3 Die Bedeutung der Entwicklungshilfe im gesamtpolitischen Kontext

Anhand der Darstellung der politischen Situation in den Jahren 1962 bis 1965 auf Sansibar und Tansania wird deutlich, dass die Entwicklungshilfe ein wesentlicher Faktor in der west- und ostdeutschen Politik war. Das Verhältnis zwischen der Außenpolitik der beiden deutschen Staaten und der Entwicklungshilfe ist zwar leider noch verhältnismäßig ungeklärt, doch der vordergründige Ost-West-Gegensatz legt eine Verbindung zwischen beiden Bereichen nahe.[129]

[126] Ulf Engel, Anerkennungsdiplomatie in Tansania, S. 20.
[127] Hermann Wentker, Außenpolitik in engen Grenzen, S. 295.
[128] Ulf Engel, Anerkennungsdiplomatie in Tansania, S. 27f.
[129] Gerd Röhnelt, Die bundesdeutsche Entwicklungshilfe für Tansania, S. 171.

Die Bundesrepublik versuchte mit Hilfe der Entwicklungshilfe zum einen diplomatische Beziehungen, die während des Zweiten Weltkrieges abgebrochen waren, wieder aufzubauen, um die eigene Souveränität in der Weltpolitik wieder herstellen zu können. Zum anderen wurde die Entwicklungshilfe genutzt, um die Stellung kommunistischer Staaten, vor allem der DDR, im Sinne des Alleinvertretungsanspruches zu schwächen.
Die DDR hatte im Wesentlichen ähnliche Ziele: Es sollten neue Kontakte und diplomatische Beziehungen aufgebaut werden, damit man den eigenen politischen Handlungsspielraum ausbauen konnte. Auch die bildungspolitischen Schwerpunkte dienten primär dazu, die kommunistische Ideologie zu verbreiten. Es standen weniger die erhofften Absatzmärkte auf dem afrikanischen Kontinent als vielmehr die völkerrechtliche Anerkennung durch die internationale Staatengemeinschaft im Vordergrund.[130]
Die Umsetzung der jeweiligen politischen Ziele im Rahmen der Entwicklungshilfe wurde jedoch von den beiden deutschen Staaten unterschiedlich ausgeführt. Die Bundesrepublik legte den Schwerpunkt ihrer Arbeit zunächst auf die Beteiligung an sogenannten Förderungsmaßnahmen, die von Staaten wie den USA und Großbritannien initiiert wurden und unterstützte mit Geldern Projekte in Entwicklungsländern. Mit zunehmender westdeutscher Souveränität in außenpolitischen Fragen wurde der Abschluss von selbstständig initiierten Handelsverträgen und die Unterstützung von Projektideen zur Selbsthilfe in Bereichen wie Ernährung, Wirtschaft und Industrie wichtiger.
Die DDR hingegen fokussierte Maßnahmen, die im gesellschaftlichen Bereich anzuwenden waren. Es wurden zwar trotzdem einige Handelsverträge mit afrikanischen Staaten abgeschlossen und Kredite für den Aufbau des wirtschaftlichen Sektors vergeben, doch im Vordergrund standen Aktionen, die direkt die gesellschaftlichen Ebenen – wie studentische Austauschprogramme und die Förderung von Schulen - betrafen.[131] Hierbei spielten die verschiedenen gesellschaftlichen Institutionen in der DDR eine wichtige Rolle, wie zum Beispiel der bereits erwähnte FDGB und das Solidaritätskomitee, die durch Spendenaktionen hohe Geldsummen erhielten und diese an bestimmte Unabhängigkeitsbewegungen weitergaben bzw. verschiedene Gruppierungen auch nach der Unabhängigkeit noch finanziell unterstützten.[132] Es sollten mit diesen Aktionen die ersten Kontakte zu afrikanischen Gruppierungen geknüpft werden, mit denen man sich in Zukunft eine enge Zusammenarbeit erhoffte. Das Ziel war, den Sozialismus „von unten“ in dem jeweiligen Staat zu integrieren und somit die Grundlage für politische Beziehungen zu legen. Es liegt nahe, dass zumindest

[130] Heinrich End, Zweimal deutsche Außenpolitik, S. 126f.
[131] Franziska Benger, Die Entwicklungszusammenarbeit der DDR in Sansibar/Tansania, S. 343f.
[132] Alexandra Hermann, FDGB-Lexikon, S. 6.

bis 1972 diese Zielsetzungen für die Gewährung von Entwicklungshilfe bedeutsam waren, da es der DDR durch die teilweise erfolgreiche „Nichtanerkennungspolitik“ der Bundesrepublik verwehrt wurde, offizielle Beziehungen zu Entwicklungsländern aufzunehmen und in deren Rahmen Entwicklungshilfe in Form von Krediten und offiziellen Abkommen zu gewähren.
Im Folgenden soll die Verbindung zwischen Entwicklungshilfe und den jeweiligen außenpolitischen Zielen anhand einiger Beispiele in Form von Reden, Sitzungsprotokollen und Verträgen verdeutlich werden. Für den bundesdeutschen Bereich stehen mehr Quellen - wie zum Beispiel Sitzungsprotokolle des Bundeskabinetts oder Reden von Politikern - zur Verfügung als es für die DDR der Fall ist. Daher wird die Frage nach der ideologischen Instrumentalisierung durch die DDR vermehrt an den eigenen Grundsätzen und Zielen beantwortet werden, die natürlich nicht gleichbedeutend mit der tatsächlichen Umsetzung dieser Ziele sind. Es werden jedoch auch die verschiedenen Reaktionen auf die bundesdeutsche Politik durch die DDR untersucht.
Bereits sehr auffallend ist die Tatsache, dass sich sowohl Tanganjika als auch Sansibar in den 1950er bzw. 1960er Jahren deutlich für den afrikanischen Sozialismus aussprachen und dabei ein sozialistisches Entwicklungsprogramm aufstellten, aber sich in den folgenden Jahren kaum an sozialistischen Staaten orientierten und in 1980er Jahren den sozialistischen Weg vollends aufgaben.[133] Auf Sansibar bestand die Regierungsspitze mit Karume, Hanga und Babu aus Sozialisten, die Verbindungen zur Sowjetunion und zur Volksrepublik China hatten. Es wurden sozialistische Programme im Bereich des Bildungswesens und der Mobilisierung der Bevölkerung in Massenorganisationen zur Entwicklung der Gesellschaft durchgeführt. Auch in Tanganjika sprach man sich für einen afrikanisch-sozialistisch geprägten Entwicklungsweg aus: Neben der Durchführung ähnlicher Entwicklungsprogramme wie auf Sansibar kritisierte der Präsident Julius Nyerere deutlich den Kapitalismus und lehnte diesen ab. Auch nach der Fusionierung zur Republik Tansania blieben Karume und Nyerere die bedeutendsten Staatsmänner im Land, sodass man theoretisch von einem Erhalt der sozialistischen Ideen ausgehen könnte. Es wurde ein gesamtstaatliches Konzept für Tansania entwickelt, das auf den Prinzipien der Arusha-Deklaration und des Ujamma-Sozialismus beruhte. In der außenpolitischen Praxis wurden jedoch die eigenen Ideale kaum vertreten. Während Karume Beziehungen zur DDR führen wollte, was aufgrund der sozialistischen Prägung durchaus logisch erscheint, lehnte Nyerere diplomatische Beziehungen zur DDR vehement ab. Der sozialistischen Prägung Nyerere nach zu urteilen, können es nicht ausschließlich ideologischen Gründe gewesen sein, die ihn zu dieser Haltung bewegten.

[133] Helmut Matthes, Zur Entwicklung außenpolitischer Grundlagen der Beziehungen zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Vereinigten Republik Tansania, S. 96.

Grund für sein Verhalten könnte die Tatsache gewesen sein, dass die Bundesrepublik Ende Februar 1964 die diplomatischen Beziehungen zu Sansibar abbrach und die versprochenen Hilfeleistungen aufgrund deren völkerrechtlichen Anerkennung der DDR zurücknahm. Dieses Schicksal wollte er wahrscheinlich für Tansania verhindern und lehnte diplomatische Beziehungen zur DDR ab. Zudem hatte die Bundesrepublik erklärt, dass Tansania ein Schwerpunktland der bundesdeutschen Entwicklungshilfe werden sollte.[134] In den folgenden zwei Monaten erhöhte die Bundesregierung – quasi als Belohnung - die Entwicklungshilfegelder und finanzierte unter anderem zahlreiche Wohnungsbauprojekte in Tansania.

Als jedoch Tansania im Jahr 1965 wieder vermehrt Kontakt zur DDR aufnahm und – entgegen der Vorstellung der Bundesregierung – eine DDR-Vertretung in Dar es Salaam errichten wollte, drohte die Bundesrepublik mit der Einstellung der Entwicklungshilfe und zog die ersten Militärberater bereits zwei Tage nach der Verkündung ab. Zudem wurden im weiteren Verlauf Bedingungen für die Weiterführung der Entwicklungshilfe gestellt, welche die Beziehungen zur DDR betrafen. Während der entscheidenden Phase, in der die Regierung Tansanias über eine Entscheidung in der Frage der DDR-Botschaft auf Sansibar diskutierte, leisteten sowohl die DDR als auch die Bundesrepublik große finanzielle Hilfen. Die DDR versprach der Regierung auf Sansibar große Kreditabkommen und die Bundesrepublik sagte der Regierung in Dar es Salaam militärische Hilfe zu.[135]

Anhand der Drohung, die Entwicklungshilfe gegenüber Tansania einzustellen, wird deutlich, welche Bedeutung der Entwicklungspolitik im Kontext des Kalten Krieges zugeschrieben wurde. Walter Scheel betrachtete die Einwicklungshilfe als einen wesentlichen Teil der westdeutschen Sicherheitspolitik, die neben der Unterstützung zur Überwindung der wirtschaftlichen, sozialen und politischen Schwierigkeiten auch die Festigung der freundschaftlichen Bindungen zu diesen Staaten beinhaltete.[136] Auch der Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit, Hans-Jürgen Wischnewski, kam im Jahr 1967, als er über die Leitlinien der Entwicklungshilfe vor dem Deutschen Bundestag sprach, zu dem Ergebnis, dass „Regierungen und Völker der Dritten Welt in ihrer positiven Grundhaltung“ gegenüber der Bundesrepublik gefestigt werden sollten.[137]

---

[134] Hermann Wentker, Außenpolitik in engen Grenzen, S. 294.
[135] Heinz Schneppen, Eine Insel und zwei deutsche Staaten, S. 120.
[136] Walter Scheel am 6.1.1962, Grundsatzerklärung zur deutschen Entwicklungspolitik; Zusatz zur Sichtweise des Auswärtigen Amtes: „Gleichzeitig war das Auswärtige Amt [...] darum bemüht, die Aktivitäten in den Entwicklungsländern weiterhin sicherheits- und deutschlandpolitischen Gesichtspunkten unterzuordnen.“
[137] Hans-Jürgen, Wischnewski, Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit: Rede im Deutschen Bundestag am 11.10.1967, S. 71.

Jedoch dürfen nicht nur die Leitlinien der westdeutschen Entwicklungshilfe betrachtet werden, sondern auch die Bedingungen, die im nächsten Schritt an die Entwicklungsländer gestellt wurden. Die Bedingungen beinhalteten stets die Nichtanerkennung der DDR als völkerrechtlichen Staat und die damit verbundene Verhinderung der Aufnahme von diplomatischen Beziehungen zur Festigung der internationalen Stellung durch die DDR. Dies wird in einigen Reden und Protokollen deutlich: In den Sitzungen des Bundeskabinetts aus dem Jahr 1961 wird deutlich herausgestellt, dass „manche Großprojekte, bei denen die Bundesregierung und die Industrie großes Engagement zeigten, [...] an den politischen Entwicklungen des potentiellen Empfängerlandes“ scheiterten.[138] Die Frage, die sich für den oben zitierten Ausschnitt des Sitzungsprotokolls stellt, ist, was unter dem Ausdruck „politischen Entwicklungen“ zu verstehen ist. Es liegt nahe, an dieser Stelle davon auszugehen, dass die Bundesregierung in irgendeiner Weise eine Beeinflussung durch den Sozialismus bestätigt sah und aus diesem Grund die Hilfe für das jeweilige Land einstellte.
Zu diesem Ergebnis kommt auch das Bundeskabinett in einem seiner Protokolle aus dem Jahr 1962: „[...] wird deutlich, dass die Bundesregierung die Vergabe von Entwicklungshilfe auch an politische Vorgaben wie die Nichtanerkennung der DDR band.“ Auch in den Sitzungsprotokollen der folgenden Jahre wird eine ähnliche Haltung deutlich, denn es wird ausdrücklich auf die Instrumentalisierung der Entwicklungshilfe zur politischen Beeinflussung durch die Bundesregierung hingewiesen.[139] „Das Werben um die Entwicklungsländer wurde des öfteren mit einer Verteidigung der Errungenschaften der freien Welt gegenüber kommunistischen Staatsformen legitimiert. Grundlage für das politische Entwicklungshilfekonzept der Bundesregierung ist der Glaube, durch die Gewährung von Hilfe die Lösung außenpolitischer Probleme Westdeutschlands wesentlich zu fördern.“[140]

Auf der anderen Seite spielte die Entwicklungshilfe für die DDR ebenfalls eine große Rolle, was daran zu erkennen ist, dass die DDR stets in solchen Situationen entwicklungspolitische Maßnahmen wie Erhöhung des Kreditvolumens oder neue Technologien versprach, in denen es um wichtige politische Entscheidungen Tansanias im Kontakt zu den beiden deutschen Staaten ging. Dies war auch – wie oben bereits geschildert – in den Jahren 1964 und 1965 der

[138] Vgl. Protokoll der 21. Kabinettssitzung am 28. März 1962 (http://www.bundesarchiv.de/cocoon/barch/0000/k/k1962k/kap1_2/kap2_15/para3_2.html).
[139] Vgl. Protokoll der 30. Kabinettssitzung am 30. Mai 1962 (http://www.bundesarchiv.de/cocoon/barch/0000/k/k1962k/kap1_2/kap2_25/para3_1.html).
[140] Ulrich Damm, Die Bundesrepublik Deutschland und die Entwicklungsländer. Versuch einer Darstellung der politischen Beziehungen der Bundesrepublik Deutschland zu den Entwicklungsländern unter besonderer Berücksichtigung der Entwicklungshilfe, Coburg 1965, S. 146f.

Fall. Die DDR vergab beispielsweise im Juli 1964 nach zunächst erfolgreichen Gesprächen mit Kambona und dem Beschluss bezüglich der Aufrechterhaltung der Botschaft auf Sansibar Kredite in Höhe von 20 bis 25 Millionen DM, die zur Lieferung von Industrieanlagen verwendet wurden. In diesem Zusammenhang wurde bereits im Juni, also knapp einen Monat nach dem erfolgreichen Gespräch, ein Hilfsabkommen geschlossen, das die Schenkung von 3 Millionen US-Dollar vorsah, davon die eine Hälfte als Barauszahlung und die andere Hälfte als Warenlieferung. Auch zu Beginn des Jahres 1965, als die DDR erneut Kontakt zu Tansania aufnahm, wurden Abkommen mit großem Umfang beschlossen. Das war zum einen das „Protokoll zum Abkommen über ökonomisch-technische Zusammenarbeit“ am 5. Januar, das eine Kredithilfe in Höhe von 8,4 Millionen US-Dollar versprach und zum Bau einer Baumwollspinnerei und einer landwirtschaftlichen Gerätefabrik verwendet werden sollte. Dieses Projekt wurde im Verhältnis zu anderen Abkommen relativ zügig, das heißt innerhalb eines Monats, realisiert. Das nächste Abkommen wurde am 9. Januar unterschrieben und sollte ebenfalls für den landwirtschaftlichen Ausbau verwendet werden. Beide Projekte sollten in der Stadt bzw. in der Umgebung von Dar es Salaam durchgeführt werden.[141] Auffällig ist dabei die Tatsache, dass ausgerechnet in dieser Zeit, genauer gesagt am 19. Februar, nach langen Diskussionen beschlossen wurde, ein Generalkonsulat der DDR in Dar es Salaam zu errichten. Ebenfalls auffällig ist, dass außer zu Beginn des Jahres 1965 keine weiteren Abkommen mehr geschlossen wurden und Tansania in diesem Jahr noch trotz der Neugründung des Generalkonsulats erhebliche Personalstreichungen in der Vertretung der DDR vornahm. An dieser Stelle scheint deutlich zu werden, dass die Entwicklungshilfe der DDR zunächst durchaus erfolgreich war, jedoch ab März, der Wiederaufnahme der westdeutschen Entwicklungshilfe, an Bedeutung für Tansania verlor, was direkt negative Konsequenzen, wie die Aufhebung des Botschafterstatus, für die Ziele der DDR mit sich brachte.

Die an der Wirtschaftshilfe beteiligten DDR-Institutionen und Organisationen sahen ihr Handeln bzw. ihre Unterstützung als selbstverständlich an, da die „antiimperialistische Solidarität“ als ideologische Grundlage das Handeln bestimme. Inwieweit dieses Prinzip tatsächlich die wahren Beweggründe für die Entwicklungshilfe zeigte, sei dahin gestellt. Dabei ist allerdings anzunehmen, dass die Ausbreitung des Kommunismus eine wesentliche Rolle spielte. Denn die DDR-Führung sah ihr Ziel darin, „günstige Bedingungen für den sozialistischen und kommunistischen Aufbau im Inneren zu gewährleisten, die dynamische

[141] Franziska Benger, Die Entwicklungszusammenarbeit der DDR, S. 351f.

Ausstrahlung des Sozialismus nach außen zu erreichen und den Ausbruch eines nuklearen Weltkrieges zu verhindern“.[142]
Allerdings konnte die DDR viele ihrer Projekte aufgrund der Diskrepanz zwischen den politischen Zielen und den ökonomischen Mitteln gar nicht oder nur ungenügend realisieren.[143]

Im Allgemeinen können folgende Wirkungen der Entwicklungshilfe erarbeitet werden, die eine Instrumentalisierung der Hilfe für die eigenen staatlichen Interessen erklären.
Anhand der Verbindung der Entwicklungshilfe mit der Gesamthilfe, die sowohl die Wirtschaft als auch die Außenpolitik einschloss, konnte Einfluss auf die Verwendung der Entwicklungshilfe durch das Geberland ausgeübt werden.[144] Denn durch die Koordinierung und Leitung von Entwicklungsprojekten konnte Einfluss auf die innenpolitische Szene genommen werden, indem die eigenen Ideale und gesellschaftlichen Vorstellungen in Projekten stark in den Vordergrund gestellt werden. Auf diese Weise wird ein ständiger Kontakt der einheimischen Bevölkerung mit diesen Prinzipien gewährleistet, die sich diese unter Umständen aneignen. Auch die Auswärtige Kulturpolitik mit Projekten wie Gastspielen und Studentenaustauschen konnten diesen Einfluss bestärken. Dies konnte eine wichtige Rolle bei der Durchsetzung der eigenen außenpolitischen Ziele spielen, was an den oben genannten Beispielen der Bundesrepublik und der DDR dargestellt wurde.
Besonders intensiv fand eine Einflussnahme auch durch den Außenhandel statt, denn je intensiver der Güteraustausch stattfindet, desto stärker kann der Einfluss der Staaten sein, da durch die Handelsabkommen bestimmte Richtlinien durchgesetzt werden können, die für den einen Staat mehr Vorteile bieten können als für den anderen Partner.[145] Der Außenhandel mit Afrika spielte für die DDR erst ab Mitte der 1970er Jahre eine Rolle, wohingegen die Bundesrepublik vermehrt mit der Umsetzung der wirtschaftlichen Ziele bereits in den 1950er und 1960er Jahren begann. Die Bundesrepublik sah in der Sicherung von Absatzmärkten und die Erschließung von neuen Rohstoffquellen die Chance für die eigene Wirtschaft. Auch für diese Maßnahmen wurde die Entwicklungspolitik als geeignetes Vehikel angesehen. Die Entwicklung der Entwicklungsländer als Rohstofflieferanten sollte mit der Hilfe der Industriestaaten und deren technischer Hilfe beschleunigt werden.[146]

[142] Anita M. Mallinckrodt, Die Selbstdarstellung der beiden deutschen Staaten im Ausland, S. 176.
[143] Ulf Engel, Die Afrikapolitik der Bundesrepublik Deutschland, S. 91.
[144] Gerd Röhnelt, Die bundesdeutsche Entwicklungshilfe für Tansania, S. 166.
[145] Heinrich End, Zweimal deutsche Außenpolitik, S. 100.
[146] Hans-Dietrich Genscher, Deutsche Außenpolitik. Ausgewählte Grundsatzreden 1975-1980, Bonn 1981, Rede beim Liebesmahl des Ostasiatischen Vereins Hamburg am 7.3.1975, S. 25-42.

Ein weiteres Indiz für die Gewichtung der Entwicklungshilfe – diesmal auf Seiten der Entwicklungsländer - ist der scheinbare Strategiewechsel Tansanias Anfang der 1970er Jahre. Denn es fand eine Abkehr von der DDR und der Sowjetunion zu China und kapitalistischen Staaten statt. Bei dieser Maßnahme sind keine ideologischen Gründe erkennbar, was die Bedeutung der Höhe der finanziellen Hilfe nahe legt. Das heißt, man versuchte nun, Entwicklungshilfe von möglichst vielen reichen Staaten zu beziehen, um eigene finanzielle und wirtschaftliche Interessen, wie die Befriedigung der Grundbedürfnisse, das wirtschaftliche Wachstum und die Nutzung der eigenen Rohstoffe, zu verfolgen und durchzusetzen.[147] Man vertrat die Ansicht, dass durch die wirtschaftliche Entwicklung des Landes die gesellschaftspolitischen Maßnahmen erfolgreich durchgesetzt werden könnten. Die wirtschaftliche Orientierung könnte somit eine Erklärung für den Strategiewechsel sein, da die DDR nur ein geringes Wirtschaftsvolumen für Entwicklungsländer aufbaute bzw. aufbauen konnte. Die DDR folgte erklärtermaßen nicht dem Grundsatz „aid by trade“, wie es die westlichen Staaten taten.[148] Die DDR versuchte, die Staaten hauptsächlich durch politisch-ideologische Arbeit auf gesellschaftlicher Ebene zu unterstützen bzw. zu überzeugen.[149] Dementsprechend lag das Gesamtvolumen der westdeutschen Entwicklungshilfe meistens – auch nach dem Grundlagenvertrag - über dem der DDR.

An dieser Stelle wird deutlich, in welchem Maß die Entwicklungsländer das Konkurrenzsystem des Kalten Krieges für sich auszunutzen verstanden. Denn dadurch, dass sich die Entwicklungsländer erklärtermaßen in der Blockfreienbewegung verorteten, konnten sie theoretisch zu jedem Staat diplomatische Beziehungen aufnehmen und diese unter Umständen gegeneinander ausspielen.[150] Der tansanische Präsident Nyerere vertrat diesbezüglich die Meinung, dass Tansania nicht nur die Hilfe von sozialistischen, sondern auch von kapitalistischen Staaten brauche und mit allen Staaten in Frieden leben wolle. Alles andere, so Nyerere, sei gegen das Prinzip der Gleichberechtigung und der Souveränität.[151] Auch der ehemalige Außenminister Tanganjikas Oscar Kambona vertrat eine ähnliche Meinung: Er verstehe zwar die westdeutsche Haltung bezüglich der Anerkennung der DDR, aber Kaufen und Verkaufen seien nicht mit der Aufnahme diplomatischer Beziehungen identisch. Für Tansania seien die kommerziellen Transaktionen von großer Bedeutung, um die

[147] Ludger Wimmelbücker, Zur Entwicklung der Beziehungen zwischen der DDR und Sansibar, S. 209.
[148] Wilhelm Bruns, Die Außenpolitik der DDR, S. 43f.
[149] Hans-Adolf Jacobsen, Drei Jahrzehnte Außenpolitik der DDR, S. 660.
[150] Heinrich End, Zweimal deutsche Außenpolitik, S. 129f.
[151] Heinz Schneppen, Eine Insel und zwei deutsche Staaten, S. 118.

Wirtschaftslage zu stabilisieren.[152] Diese Äußerung begründet auch das tansanische Vorgehen, sowohl die Bundesregierung als auch die DDR, die beide als reiche, entwickelte Industriestaaten wahrgenommen wurden, zu Zugeständnissen in Form einer Erhöhung der Entwicklungshilfe zu bringen, als es um die Frage der diplomatischen Anerkennung der DDR ging.[153] Die afrikanischen Staaten erhielten aufgrund des Umwerbens durch die Großmächte ein größeres Gewicht in der weltpolitischen Situation des Kalten Krieges. Jedoch darf dieses Gewicht nicht überbewertet werden, da die afrikanischen Staaten auf internationalen Konferenzen kaum Bedeutung hatten und sich ihre Stellung ausschließlich in bilateralen Verträgen manifestieren konnte.[154]

Abschließend muss jedoch deutlich werden, dass die Gewährung von Krediten und die Unterstützung von bestimmten Entwicklungsprojekten im Rahmen der deutschen Entwicklungshilfe weder alle Ziele der Bundesrepublik noch der DDR erfolgreich durchsetzen konnte. Man kann sagen, dass die Bundesrepublik in den 1960er Jahren zwar eine völkerrechtliche Anerkennung der DDR durch Tansania verhindern konnte, jedoch deren dauerhafte Präsenz in Form von Handelsmissionen und einem Generalkonsulat hinnehmen musste, was ursprünglich verhindert werden sollte. Auch in anderen Staaten konnte die Bundesregierung die Entwicklungshilfe als Instrument der politischen Beeinflussung nicht mit vollem Erfolg einsetzen. So kam das Projekt des Euphrat-Staudammes in Syrien zunächst nicht zustande, nachdem die Vereinigte Arabische Republik aufgrund von Unstimmigkeiten in der deutschen Frage auseinandergefallen war. Doch andere Ziele der bundesdeutschen Außenpolitik konnten wiederum mit Hilfe der Entwicklungshilfe realisiert werden. Dazu gehörten zum Beispiel die Sicherung von neuen potenten Märkten.[155]
Die DDR konnte insofern Erfolge vorweisen, da sie neben Ägypten eine weitere dauerhafte Präsenz auf dem afrikanischen Kontinent zu verzeichnen hatte. Denn am 23. März 1965 wurde das erste Generalkonsulat der DDR in Tansania eröffnet, damit konnte die DDR auf dem Festland Fuß fassen und es begann die deutsche Koexistenz. Allerdings konnten volle diplomatische Beziehungen durch die DDR erst nach dem Grundlagenvertrag 1972 aufgebaut werden, sodass die „Nichtanerkennungspolitik“ der Bundesregierung Wirkung zeigte. Doch

[152] Heinz Schneppen, Eine Insel und zwei deutsche Staaten, S. 113.
[153] Dieses Vorgehen widersprach der öffentlich vertretenen Politik der Bundesregierung: „Sollten einzelne Länder, das sei in aller Deutlichkeit gesagt – jedoch versuchen, die deutsche Teilung gegen uns auszunutzen, wird die Bundesregierung gelassen reagieren und sich nicht zu Zugeständnissen drängen lassen.“ Hans-Jürgen Wischnewski, Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit: Rede im Deutschen Bundestag am 11.10.1967 (Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit (Hrsg.), Entwicklungspolitische Materialien, Nr. 57, Bonn, November 1976, S. 68-76, gekürzt).
[154] Leonhard Harding, Geschichte Afrikas im 19. und 20. Jahrhundert, S. 80f.
[155] Heinrich End, Zweimal deutsche Außenpolitik, S. 125f.

auch in entwicklungspolitischen Angelegenheiten war die DDR durchaus erfolgreich, denn sie war, nach China, in den Jahren 1965 bis 1966 und ab 1968 das zweitwichtigste Geberland Sansibars.[156]

5. Fazit

Die Entwicklungshilfe als ideologisches Instrument des Kalten Krieges – von beiden deutschen Staaten wurde Entwicklungshilfe als Methode eingesetzt, um sowohl die eigenen außenpolitischen Zielvorstellungen als auch die eigenen Ideale und Prinzipien in den gerade unabhängig gewordenen afrikanischen Staaten, in diesem Fall Tansania, durchzusetzen.

Die Entwicklungshilfe der Bundesrepublik kann in den Jahren von 1959 bis 1972 durchaus als Werkzeug zur Durchsetzung politischer Ziele betrachtet werden. Der afrikanische Kontinent und die Beziehungen zu afrikanischen Staaten wurden stets vor dem Hintergrund der deutsch-deutschen Beziehungen gesehen.[157] Das heißt, an erster Stelle der westdeutschen Politik stand die Verhinderung der völkerrechtlichen Anerkennung der DDR durch andere Staaten. Dazu wurde die Entwicklungshilfe als Teil dieser Politik verwendet. Die Methode, die hinter dieser Politik stand, war die Entwicklungshilfe an Bedingungen zu knüpfen. Diese Bedingungen bedeuteten schließlich die Nichtanerkennung der DDR durch das jeweilige Empfängerland, deren Eliten die Entwicklungshilfegelder aus Gründen der Staatsentwicklung oder aus eigenen machtpolitischen Ansprüchen wünschten. Im Fall Tansanias wurden die Entwicklungshilfegelder bzw. die Förderung von Entwicklungsprojekten benötigt, um die Wirtschaft zu stabilisieren und eigene Gesellschaftsprojekte zu fördern.[158] Nach dem Abschluss des Grundlagenvertrages im Jahr 1972 nahm jedoch die Bedeutung der Hallstein-Doktrin und damit auch die bis dahin geltenden außenpolitische Ziele stetig ab. Das bedeutete, dass diplomatische Kontakte zur DDR zwar als taktlos durch die Bundesregierung gewertet wurden, diese aber keine Sanktionen mehr nach sich zogen.[159]

Ähnliche Ziele verfolgte die DDR. Es ging primär um die eigene völkerrechtliche Anerkennung, die – wie bereits erläutert – von der Bundesregierung verhindert wurde bzw. werden sollte. Da die Hallstein-Doktrin und deren Umsetzung durchaus als erfolgreich zu bewerten ist, konnten kaum offizielle Beziehungen zwischen der DDR und anderen Staaten

[156] Ulf Engel, Die Afrikapolitik der Bundesrepublik Deutschland, S. 28f.
[157] Ebd., S. 39.
[158] Die Bedingungen, die von der Bundesrepublik am 24. Februar 1965 mit der Drohung der Einstellung der Entwicklungshilfe gestellt werden, schienen ihre Wirkung zu zeigen, obwohl Nyerere stets behauptet hatte, dass Tansania keine Bedingungen für Entwicklungshilfe eingehen wolle. (Ulf Engel, Anerkennungsdiplomatie in Tansania, S. 25.)
[159] Ulf Engel, Die Afrikapolitik der Bundesrepublik Deutschland, S. 48.

geschlossen werden. Die Staaten, die bereits vor 1972 Beziehungen zur DDR hatten, waren Ägypten, Algerien, Guinea, VR Kongo, Sansibar (bis 1964), Somalia, Sudan und Tschad.[160] Die DDR bemühte sich jedoch durch Arbeit auf der gesellschaftlichen Ebene, Einfluss auch in anderen Staaten auszuüben. Nach dem Jahr 1972 wurden vermehrt diplomatische Beziehungen mit afrikanischen Staaten aufgenommen und DDR-Botschaften gegründet, sodass nun die wirtschaftlichen Interessen der DDR in Afrika an Bedeutung gewannen. Auch mit Tansania wurden die ersten offiziellen Beziehungen erst im Jahr 1972 geschlossen.

Doch auch die Regierungen der betroffenen afrikanischen Staaten müssen als aktiver Part in der Entwicklungshilfe der beiden deutschen Staaten verstanden werden. Sie profitierten aus dem Ost-West-Gegensatz, indem sie gelegentlich versuchten, die beiden deutschen Staaten gegeneinander auszuspielen. Die Regierungen konnten den beiden deutschen Staaten Zugeständnisse im Rahmen der Entwicklungshilfe abgewinnen, indem sie drohten, die Kontakte abbrechen zu lassen und Beziehungen zu dem anderen Lager aufzunehmen. Auf diese Weise konnte auch die tansanische Regierung profitieren, als diese im Jahr 1965 indirekt eine Erhöhung der westdeutschen Entwicklungshilfe erreichte, nachdem sie erklärt hatte, vermehrt Kontakte zur DDR wieder aufzunehmen.

Mit der Instrumentalisierung der Entwicklungshilfe entstand eine sicherheitspolitische Dimension, die Afrika zu einem weiteren Austragungsort des Kalten Krieges machte. Dies schuf die Voraussetzungen für die sogenannten Nord-Süd-Konflikte, die die heutige Entwicklungshilfe beschäftigen.[161] Denn auch heute werden weiterhin Bedingungen durch die sogenannten Geberstaaten an die Entwicklungsländer gestellt, die zur Gewährung der weiteren Entwicklungshilfe geleistet werden müssen. Es geht nun nicht mehr darum, Entwicklungshilfe nur an vermeintlich pro-westlich orientierte Staaten zu vergeben, sondern es soll durch eine Verknüpfung mit der Entwicklungshilfe, die für die meisten afrikanischen Staaten unverzichtbar erscheint, Druck auf die Regierungen aufgebaut werden, politischen Pluralismus und Demokratie zu ermöglichen. Allerdings werden in diesem Vorhaben die spezifischen soziokulturellen und historischen Voraussetzungen für einen politischen Wandel, von Einparteiendiktaturen oder von politischen und gesellschaftlichen Systemen, die von Stammeskulturen geprägt sind, zur geforderten Mehrparteiendemokratie, kaum beachtet. Die traditionellen Gesellschaftsstrukturen und das westliche Nationalstaatenkonzept scheinen dabei unvereinbar, da es in vielen afrikanischen Staaten aufgrund der kolonialen Geschichte und den damit verbundenen Folgen, wie der Einfluss der oftmals willkürlichen Grenzziehungen ohne Rücksicht auf die ethnische Zusammensetzung eines Staatsgebietes, zu

[160] Ulrich Post, Die Afrikapolitik der DDR, S. 9.
[161] Helga Haftendorn, Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland, S. 463.

keinem „nation-building"- Prozess gekommen ist.[162] Dieser Prozess wäre aber für eine einheitliche politische, gesellschaftliche und wirtschaftliche Regierungsführung nützlich. Es wird die Komplexität der afrikanischen Gesellschaftsstrukturen und die Komplexität eines politischen Wandels deutlich unterschätzt. Es wird scheinbar davon ausgegangen, dass das westliche Politikmodell mit seinem Demokratieverständnis auf die afrikanischen Staaten übergestülpt werden kann.[163] In diesem Zusammenhang ließe sich über die Frage nach der Universalität der Menschenrechte durchaus diskutieren. Es gibt Kritiker, welche die UN-Erklärung der Menschenrechte für ein westliches Konstrukt halten, das eurozentristisch und evolutionistisch angelegt sei. Dieses Modell verbinde ausschließlich die Konzepte von Demokratie, Liberalismus und Nationalismus miteinander, sodass auch hier von einer Überlegenheit dieser Konzepte gegenüber traditionellen Systemen ausgegangen werde.[164] So selbstverständlich und positiv uns das pluralistische und demokratische System erscheint, bedeutet die Forderung von den oben genannte Bedingungen an die Entwicklungsländer eine eventuelle Einmischung in die Souveränität der Staaten und vereitelt die Suche nach einem „eigenen politischen Weg".[165]

Kritisch zu sehen ist auch die langjährige Akzeptanz und Unterstützung von autoritären Regimes in afrikanischen Staaten durch die westlichen Regierungen und die erst in den letzten Jahren aufkommende Kritik an diesen Verhältnissen. Auch hier könnten die Umstände des Kalten Krieges zur Beantwortung dieser Frage führen. Denn um die afrikanischen Staaten in das jeweilige Lager miteinzubeziehen und den Einfluss des anderen Lagers so gering wie möglich zu halten, spielte die politische Legitimierung scheinbar nur eine untergeordnete Rolle bzw. die europäischen Gelder begünstigten die Stabilisierung von autoritären Herrschaften. Nach dem Ende des Kalten Krieges fand jedoch ein Wechsel der Positionen statt und die Durchsetzung von demokratischen Verhältnissen steht nun im Vordergrund. Diese neue Strategie werde - nach Meinung vieler Entwicklungshilfekritiker – jedoch genutzt, um unter dem Deckmantel der demokratischen Entwicklung die eigenen wirtschaftlichen Interessen in dem jeweiligen Entwicklungsland als Absatzmärkte der eigenen Produkte oder

[162] Siehe dazu: Entwicklungsdefizite und weitere mögliche Ursachen (Literatur: Informationen zur politischen Bildung, Entwicklung und Entwicklungspolitik, Heft 286).
[163] Rolf Hofmeier, Politische Konditionierung von Entwicklungshilfe in Afrika. Neue Form der Einmischung oder legitime Unterstützung von Demokratiebewegungen?, in: Africa Spectrum, Vol. 25, No. 2, 1990, S. 168ff.
[164] Literatur dazu: Makua Mutua, Human Rights. A Political and Cultural Critique, Philadelphia University of Philadelphia Press 2002.
[165] Selbstverständlich ist mir auch bewusst, dass ein autoritäres und Menschenrechte verletzendes Land nicht durch Entwicklungshilfe unterstützt werden sollte, doch die Bedingungen, die häufig gestellt werden, gehen weit über die oben genannten Forderungen hinaus und beinhalten wirtschaftliche Aspekte, die in der Umsetzung vermehrt Vorteile für die Industriestaaten bringen und nichts mehr mit der Durchsetzung von Menschenrechten zu tun haben.

als Rohstofflieferanten umzusetzen. Damit erfolge eine einseitige wirtschaftliche Ausrichtung auf die Industrieländer.[166]

Zusammenfassend kann man sagen, dass sowohl in den 1960er Jahren als auch in der heutigen Politik mit Entwicklungsländern eine Instrumentalisierung der Entwicklungshilfe stattfand bzw. stattfindet. Die Gewährung von Entwicklungshilfe wurde an Bedingungen geknüpft, deren Erfüllung und Einhaltung die politischen Ziele der jeweiligen „Geberstaaten" durchsetzen sollte. Während in der Gegenwart vor allem wirtschaftliche Interessen sowohl des Geber- als auch des Empfängerlandes - oft zusammen mit demokratischen Prinzipien nach westlichem Modell - realisiert werden sollen, standen in der Zeit des Kalten Krieges die ideologischen Gründe im Vordergrund. Denn wie am Beispiel Tansanias analysiert, wurden entwicklungspolitische Maßnahmen als Druckmittel verwendet, um die politischen Ziele des jeweiligen deutschen Staates durchzusetzen.

[166] Siehe dazu: Die Strukturanpassungsmaßnahmen und ihre Folgen (Literatur: Informationen zur politischen Bildung, Strukturanpassung und Verschuldung, Heft 264); Die Erdölförderung in Nigeria durch den Ölkonzern Shell und dessen Folgen (Literatur: Thomas Seifert, Klaus Werner, Schwarzbuch Öl. Eine Geschichte von Gier, Krieg, Macht und Geld, Wien 2008, S. 179-187.).

6. Quellen- und Literaturangaben

Quellen

Erhard, Ludwig, Rede zur Nahost-Politik im Deutschen Bundestag am 17.2.1965, in: Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, Nr. 31, 1965, S. 245-256 (gekürzt).

Scheel, Walter, Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit: Grundsatzerklärung zur deutschen Entwicklungspolitik am 6.1.1962, in: Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, Nr.4, 1962, S. 31-43.

Wischnewski, Hans-Jürgen, Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit: Rede im Deutschen Bundestag am 11.10.1967, in: Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit (Hrsg.), Entwicklungspolitische Materialien, Nr. 57, Bonn, November 1976, S. 68-76 (gekürzt).

Protokoll der 21. Kabinettssitzung am 28. März 1962, über die Gründung einer Entwicklungsgesellschaft und Förderung privater Kapitalinvestitionen in Entwicklungsländern (http://www.bundesarchiv.de/cocoon/barch/0000/k/k1962k/kap1_2/kap2_15/para3_2.html).

Protokoll der 30. Kabinettssitzung am 30. Mai 1962, Besuch des Staatsoberhauptes von Mali (http://www.bundesarchiv.de/cocoon/barch/0000/k/k1962k/kap1_2/kap2_25/para3_1.html).

Protokoll der 35. Kabinettsitzung am 4. Juli 1962, Beschlussfassung über die Neugestaltung des wirtschaftlichen Inhalts des künftigen Assoziierungsverhältnisses mit den afrikanischen Staaten (http://www.bundesarchiv.de/cocoon/barch/0000/k/k1962k/kap1_2/kap2_31/para3_13.html).

Protokoll der 124. Kabinettsitzung am 12. Oktober 1960, über die Gestaltung der deutschen Entwicklungshilfe (http://www.bundesarchiv.de/cocoon/barch/0000/k/k1960k/kap1_2/kap2_40/index.html).

Protokoll der 135. Kabinettsitzung am 11. Januar 1961 zum Themenpunkt Entwicklungshilfe (http://www.bundesarchiv.de/cocoon/barch/0000/k/k1961k/kap1_1/para2_2.html?highlight=true&search=Au%C3%9Fenpolitik%20Afrika&stemming=true&field=all#d8e33_rueck).

Sekundärliteratur

Albertini, Adolf von, Dekolonisation. Die Diskussion über Verwaltung und Zukunft der Kolonien 1919-1960, Köln 1966.

Amir, Samin, Art. „Blockfreienbewegung“, in: Jacob E. Mabe (Hrsg.), Das kleine Afrika-Lexikon. Politik, Gesellschaft, Wirtschaft, Stuttgart 2002, S. 25-26.

Amir, Samin, Art. „Dritte Welt“, in: Jacob E. Mabe (Hrsg.), Das kleine Afrika-Lexikon. Politik, Gesellschaft, Wirtschaft, Stuttgart 2002, S. 40-41.

Ansprenger, Franz, Politische Geschichte Afrikas im 20. Jahrhundert, 2. Auflage München 1997.

Benger, Franziska, Die Entwicklungszusammenarbeit der DDR in Sansibar/Tansania, in: Ulrich van der Heyden, Franziska Benger (Hrsg.), Kalter Krieg in Afrika. Die Beziehungen der DDR zu Sansibar und Tansania, Berlin 2009, S. 341-367.

Borowsky, Peter, Deutschland 1963-1969, Hannover 1983.

Bruns, Wilhelm, Die Außenpolitik der DDR, Beiträge zur Zeitgeschichte Bd. 16, Berlin 1985.

Capitalism**.** (2010). In *Encyclopædia Britannica*. Retrieved June 09, 2010, from Encyclopædia Britannica Online: http://www.britannica.com/EBchecked/topic/93927/capitalism.

Clark, W. Edmund, Socialist Development and public investment in Tanzania 1964-1973, London 1978.

Cold war. (2010). In *Encyclopædia Britannica*. Retrieved June 12, 2010, from Encyclopædia Britannica Online:
http://www.britannica.com/EBchecked/topic/125110/Cold-War.

Communism**.** (2010). In *Encyclopædia Britannica*. Retrieved June 09, 2010, from Encyclopædia Britannica Online:
http://www.britannica.com/EBchecked/topic/129104/communism.

Damm, Ulrich, Die Bundesrepublik Deutschland und die Entwicklungsländer. Versuch einer Darstellung der politischen Beziehungen der Bundesrepublik Deutschland zu den Entwicklungsländern unter besonderer Berücksichtigung der Entwicklungshilfe, Coburg 1965.

Doernberg, Stefan, Außenpolitik der DDR. Drei Jahrzehnte sozialistische deutsche Friedenspolitik, 1. Auflage Berlin 1979.

End, Heinrich, Zweimal deutsche Außenpolitik. Internationale Dimensionen des innerdeutschen Konflikts 1949-1972, Köln 1973.

Engel, Ulf, Die Afrikapolitik der Bundesrepublik Deutschland 1949-1999. Rollen und Identitäten, Hamburg 2000.

Engel, Ulf, „I will not recognise East Germany just because Bonn is stupid". Anerkennungsdiplomatie in Tansania 1964 bis 1965, in: Ulrich van der Heyden, Franziska Benger (Hrsg.), Kalter Krieg in Afrika. Die Beziehungen der DDR zu Sansibar und Tansania, Berlin 2009, S. 7-32.

Faschingeder, Gerald, Kultur und Entwicklung. Zur Relevanz soziokultureller Faktoren in hundert Jahren Entwicklungstheorie, 1. Auflage Frankfurt 2001.

Fraude, Andreas, Die Außenpolitik der DDR, Landeszentrale für politische Bildung Thüringen, Erfurt 2006.

Genscher, Hans-Dietrich, Deutsche Außenpolitik. Ausgewählte Grundsatzreden 1975-1980, Bonn 1981.

Goldberg, Jakob, Günter Judick, Fritz Rische, Afrika im Wandel. Zu einigen Problemen des nationalen Befreiungskampfes und der Bonner Afrikapolitik, Frankfurt/M. 1979.

Görtemaker, Manfred, Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Von der Gründung bis zur Gegenwart, Frankfurt/M. 2004.

Greiner, Bernd, Christina Th. Müller, Dierk Walter, Heiße Kriege im Kalten Krieg, in: Greiner, Müller, Walter (Hrsg.): Heiße Kriege im Kalten Krieg, Hamburg 2006, in: historicum.net, http://www.historicum.net/no_cache/persistent/artikel/4021/ (15. März 2010, 13:20 Uhr).

Haftendorn, Helga, Lothar Wilker, Claudia Wörrmann, Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland, Berlin 1982.

Hahn, Gerhard, Außenpolitik der DDR – für Sozialismus und Frieden, Berlin 1974.

Harding, Leonhard, Geschichte Afrikas im 19. und 20. Jahrhundert, Oldenbourg Grundriss der Geschichte, 1. Auflage München 1999.

Hermann, Alexandra, FDGB-Lexikon, Berlin 2009.

Hofmeier, Rolf, Politische Konditionierung von Entwicklungshilfe in Afrika. Neue Form der Einmischung oder legitime Unterstützung von Demokratiebewegungen?, in: Africa Spectrum, Vol. 25, No. 2, 1990, S. 167-177.

Jacobsen, Hans-Adolf, Gert Leptin, Ulrich Scheuner, Eberhard Schulz (Hrsg.), Drei Jahrzehnte Außenpolitik der DDR. Bestimmungsfaktoren, Instrumente, Aktionsfelder, München 1979.

Kühne, Winrich, Afrika nach dem Ende des Ost-West-Konflikts. Die Notwendigkeit zu einem „Neuen Realismus“, in: Africa Spectrum, Vol. 25, No. 2, 1990, S. 139-166.

Kuppe, Johannes L., Die Außenpolitik der DDR. Versuch einer politischen Bewertung, in: Gernot, Gutmann, Maria Haendcke-Hoppe (Hrsg.), Die Außenbeziehungen der DDR, Gesellschaft für Deutschlandforschung Jahrbuch 1980, Heidelberg 1980, S. 31-58.

Laak, Dirk van, Imperiale Infrastruktur. Deutsche Planungen für eine Erschließung Afrikas 1880-1960, Habilitationsschrift, Jena 2001.

Link, Werner, Der Ost-West-Konflikt. Die Organisation der internationalen Beziehungen im 20. Jahrhundert, Köln 1980.

Loimeier, Roman, Memories of Revolution. Zur Deutungsgeschichte einer Revolution (Sansibar 1964), in: Africa spectrum Vol. 41, No. 2, 2006, Institute of African Affairs at GIGA, Hamburg, S. 175-197.

Loth, Wilfried, Der Krieg, der nicht stattfand. Ursprünge und Überwindung des Kalten Krieges, in: Bernd Wegner (Hrsg.), Wie Kriege entstehen. Zum historischen Hintergrund von Staatenkonflikten, Paderborn 2000, S. 286-298.

Löwis of Menar, Henning von, Die DDR und Afrika, in: Gernot Gutmann, Maria Haendcke-Hoppe (Hrsg.), Die Außenbeziehungen der DDR, Gesellschaft für Deutschlandforschung Jahrbuch 1980, Heidelberg 1980, S. 211-229.

Lukacs, John, Konflikte der Weltpolitik nach 1945. Der Kalte Krieg, dtv-Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts Bd. 12, München 1970.

Mählert, Ulrich, Geschichte der DDR, Landeszentrale für politische Bildung Thüringen, Erfurt 2005.

Mallinckrodt, Anita M., Die Selbstdarstellung der beiden deutschen Staaten im Ausland. Image-Bildung als Instrument der Außenpolitik, Köln 1980.

Mampel, Siegfried, Die Außenpolitische Maximen in der DDR-Verfassung von 1968/1974, in: Gernot Gutmann, Maria Haendcke-Hoppe (Hrsg.), Die Außenbeziehungen der DDR, Gesellschaft für Deutschlandforschung Jahrbuch 1980, Heidelberg 1980, S. 9-27.

Matthes, Helmut, Zur Entwicklung außenpolitischer Grundlagen der Beziehungen zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Vereinigten Republik Tansania bis Mitte der Siebziger Jahre, in: Ulrich van der Heyden, Franziska Benger (Hrsg.), Kalter Krieg in Afrika. Die Beziehungen der DDR zu Sansibar und Tansania, Berlin 2009, S. 55-97.

Mboya, Tom, Afrika: Freiheit und nachher? Ein Kontinent ringt um die Zukunft, Wien 1966.

Meyns, Peter, Art. „OAU“, in: Jacob E. Mabe (Hrsg.), Das kleine Afrika-Lexikon. Politik, Gesellschaft, Wirtschaft, Stuttgart 2002, S. 146-148.

Meyns, Peter, Art. „Rebellenbewegung“, in: Jacob E. Mabe (Hrsg.), Das kleine Afrika-Lexikon. Politik, Gesellschaft, Wirtschaft, Stuttgart 2002, S. 159-161.

Meyns, Peter, Art. „Sozialismus“, in: Jacob E. Mabe (Hrsg.), Das kleine Afrika-Lexikon. Politik, Gesellschaft, Wirtschaft, Stuttgart 2002, S. 177-178.

Müller, Helmut M., Schlaglichter der deutschen Geschichte, Sonderausgabe für die Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 2009.

Mutua, Makua, Human Rights. A Political and Cultural Critique, Philadelphia University of Philadelphia Press 2002.

Post, Ulrich, Frank Sandvoss, Die Afrikapolitik der DDR, Hamburg 1982.

Röhnelt, Gerd, Die bundesdeutsche Entwicklungshilfe für Tansania seit 1961, Frankfurt/M 1980.

Schmidt, Siegmar, Gunther Hellmann, Reinhard Wolf (Hrsg.), Handbuch zur deutschen Außenpolitik, 1. Auflage Wiesbaden 2007.

Schneppen, Heinz, Eine Insel und zwei deutsche Staaten. Sansibar und die Hallstein-Doktrin 1964-1966, in: Ulrich van der Heyden, Franziska Benger (Hrsg.), Kalter Krieg in Afrika. Die Beziehungen der DDR zu Sansibar und Tansania, Berlin 2009, S. 118-142.

Schubert, Klaus, Martina Klein, Das Politiklexikon, 4. Auflage Bonn 2006.

Seifert, Thomas, Klaus Werner, Schwarzbuch Öl. Eine Geschichte von Gier, Krieg, Macht und Geld, Wien 2008.

Stahn, Eberhard, Der Kommunismus in Afrika, Schriftenreihe der Niedersächsischen Bundeszentrale für Politische Bildung, Weltkommunismus Heft 2, Bonn 1965.

Vianny, John J., Politische Perspektiven Afrikas, Bonn 1972.

Weber, Hermann, Die DDR 1945-1990, Oldenbourg Grundriss der Geschichte Bd. 20, 2. Auflage München 1993.

Wentker, Hermann, Außenpolitik in engen Grenzen. Die DDR im internationalen System 1949-1989, München 2007.

Wimmelbrücker, Ludger, Zur Entwicklung der Beziehungen zwischen der DDR und Sansibar in den 1960er Jahren, in: Ulrich van der Heyden, Franziska Benger (Hrsg.), Kalter Krieg in Afrika. Die Beziehungen der DDR zu Sansibar und Tansania, Berlin 2009, S. 185-212.

BEI GRIN MACHT SICH IHR
WISSEN BEZAHLT

- Wir veröffentlichen Ihre Hausarbeit,
  Bachelor- und Masterarbeit

- Ihr eigenes eBook und Buch -
  weltweit in allen wichtigen Shops

- Verdienen Sie an jedem Verkauf

Jetzt bei www.GRIN.com hochladen
und kostenlos publizieren

GRIN